Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang | Sonnabend, 5. Februar 1921 | Nummer 59 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 4,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Kompareszeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4803, 4635, 4840, 4022

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Tuberkulose in Deutschland

Arbeitertod

Die Lungentuberkulose, die Proletarierseuche, hat seit Beginn des Krieges einen Siegeszug angetreten, indem die Leiber der Arbeitenden massenhaft verheert werden. Die Zahlen über die Entwicklung der Tuberkuloseerkrankungen in Deutschland seit 1913 spiegeln das grauenhafte Bild nicht nur maßlosen, sondern wachsenden Elends wieder.

Der Geschäftsbericht des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose redet mit solchen Zahlen eine deutliche Sprache. Die Tuberkulosesterblichkeit hatte in Deutschland von 1883 bis 1913 um 60—70 Prozent abgenommen. Dem Kriege ist es zu danken, daß sie in den vier Jahren von 1913 bis 1917 um 52 Prozent zugenommen hat. In den deutschen Städten mit 15 000 und mehr Einwohnern starben an Tuberkulose auf 10000 Einwohner im Jahre 1905 22,3 Prozent. Die Zählung sank mit 1913 auf 15,7, **um dann mit schnellen Schritten zu steigen auf 18,0 im Jahre 1916, 25,2 im Jahre 1917, 28,7 in 1918 und 27,1 in 1919.** Gleich stark ist die Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit in Preußen. Es starben 1913 insgesamt 56 861 Personen oder 13,65 auf 10 000 Einwohner, **während 1918 insgesamt 97 581 oder 23,00 Personen auf 10 000 Einwohner der Hungerseuche zum Opfer fielen.** Kraß ist die Zunahme der Zahl der Opfer in einzelnen Orten. So gingen an Lungen- und Kehlkopftuberkulose 1914 in Halle 287, in Berlin 3371 Personen zugrunde, 1918 betrug die Zahl für **Halle 558, für Berlin 4951.** In Berlin sind von 485 000 untersuchten Kindern

20 000 tuberkulosekrank, 77 000 krank und stark unterernährt, 129 000 überhaupt unterernährt

Wie fürchterlich die Seuche gerade unter der Jugend infolge des Kriegselends von neuem wütet, zeigen die Zahlen, die die Steigerung der Tuberkulosesterblichkeit bei Kindern und Jugendlichen widerspiegeln. 1915 starben in Berlin 20 Kinder im Alter von 4—5 Jahren an Tuberkulose, 1917 dagegen 47. Für die Altersstufe von 6—10 Jahren lauten die Zahlen 38 bzw. 55, für das Alter von 11—15 Jahren 53 bzw. 113, für Jugendliche im Alter von 16—20 Jahren 296 bzw. 494.

Eigentlich ist es überflüssig, diesen Zahlen aus nur ein Wort hinzuzufügen. Sie reden eine Sprache, die auch das verhärteste Wucherer- und Prasserhirn begreifen sollte. Sie reden vor allem eine Sprache, deren Töne am Ohr der regierenden Kreise im neuen Deutschland nicht ohne Wirkung verhallen sollten.

Was leistet dieses neue Deutschland zur Bekämpfung der Tuberkulose? Im Haushaltungsplan für 1920 sind zu diesem Zwecke 2 500 000 Mark (zweieinhalbe Million) veranschlagt worden. Darin sind z. B. enthalten für Beihilfen zum Bau von Heilstätten und Walderholungsheimen ganze 200 000 Mark, für den Ausbau des Netzes der Fürsorgestellen für Lungenkranke 400 000 Mark, für die Entsendung von tuberkulose bedrohten und tuberkulösen Kindern in Erholungsstätten 750 000 Mark.

Das sind Tropfen auf den siedend heißen Stein. Statt dessen aber ist zurzeit ein Reichstuberkulose-Gesetz in Vorbereitung, das strenge Vorschriften über die Meldepflicht bei Todesfällen und ansteckenden Tuberkulosefällen, über Zwangsdesinfektion und ähnliche Dinge enthält. Dabei hilft gegen die Tuberkulose nichts anderes als die **Befreiung des von der Seuche befallenen Proletariers von der Fabrikfron durch Unterbringung in Heilstätten und bessere Ernährung.** Statt dafür zu sorgen, wird von der Regierung den immer neue Preiserhöhung fordernden Agrariern fortgesetzt Vorschub geleistet.

Die Steigerung der Sterblichkeitsziffern in den Jahren des Krieges zeigt uns, daß wir hier eine der schrecklichsten Folgen des wahnwitzigen Verbrechens der Kriegsmacher vor Augen haben. Aber man ermesse an diesen Zahlen nicht nur die maßlose Schuld derer, die durch den Krieg den Boden bereitet haben, auf dem die Seuche üppig gedeiht, sondern auch den brutalen Zynismus derer, die aus dem Wucher, der zum Mord an den arbeitenden Teilen des Volkes wird, Millionen gehäuft haben und täglich neue Vermögen sammeln, die ein Leben schamlosen Prassens führen, und die dabei alle Mittel der Schiebung und des Betruges anwenden, **um sich vor der Besteuerung zu drücken,** so daß es in der Tat ungemein schwer ist, Mittel flüssig zu machen zur besseren Ernährung des Volkes, zur Bekämpfung des Erkrankungen und — vor allem — zur ausreichenden **Unterstützung der Arbeitslosen.**

Denn was der Krieg noch übriggelassen hat an Volksgesundheit, rafft endlose Arbeitslosigkeit restlos dahin

Man ermesse ferner daran die Ruchlosigkeit agrarischer Kreise, die Schweine mit Roggen füttern und die Preise zu schwindelhaft wucherischer Höhe steigern.

Dessen soll die Arbeiterschaft am 20. Februar gedenken. Sie schützt sich selbst und ihre Kinder vor dem gräßlichen Proletariertod, wenn sie den politischen Einfluß der Wucherer und Schieber, der wirtschaftlichen wie der politischen, bricht durch die **Wahl von Vertretern des arbeitenden Volkes, von Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.**

Die Zukunft der oberschlesischen Arbeiterbewegung

Von E. Nowak, Gewerkschaftssekretär, Gleiwitz.

Bei der ungeheuren nationalistischen Verhetzung der oberschlesischen Bevölkerung infolge der beiderseitigen Abstimmungspropaganda und der mit dieser Propaganda verbundenen Korruption ist es für jeden, der an führender Stelle in der Arbeiterbewegung steht, nicht leicht, seine Ansicht über die Stimmabgabe zu äußern. Schon die Gefahr des Verdachtes, ebenfalls von den Propagandageldern einer der Abstimmungsparteien bestochen zu sein, hält viele einflußreiche Personen der Arbeiterbewegung ab, ihre Meinung ungefälscht zum Ausdruck zu bringen, andererseits kann es keineswegs als besondere Gesinnungsstärke gelten, wenn man sich durch diese Gefahr bewegen läßt, von einer klaren Stellungnahme in der Oeffentlichkeit Abstand zu nehmen, zumal das sozialistische Interesse dringend eine klare Stellungnahme jedes einzelnen Führers in der Arbeiterbewegung erfordert.

Es soll die Aufgabe der nachfolgenden Betrachtungen sein, unter Ausschaltung jeglicher nationalistischer Tendenzen auf Grund der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaften, sowie der gesamten Arbeiterbewegung in Oberschlesien die Frage zu prüfen, welche Lösung für die oberschlesische Arbeiterbewegung in dem Problem Oberschlesien die vorteilhafteste ist.

Diejenigen, die sich zum Standpunkt der Stimmenthaltung bekennen, oder dazu durch eine Parteiparole gezwungen werden sollen, scheiden hier ganz aus. Es soll auch nicht untersucht werden, ob dieser Standpunkt richtig oder falsch ist, denn nur ein ganz verschwindender Teil von Oberschlesiern wird der Parole der Stimmenthaltung Folge leisten. Für die große Masse derjenigen aber, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind, ist es wichtig, daß ihnen gesagt wird, unter welchen Gesichtspunkten sie an die Prüfung der Fragen herantreten sollen.

Wir haben uns von jeglichen nationalen Gedanken fernzuhalten, uns können nur kulturelle Gründe und solche leiten, die für die Entwicklung der Arbeiterbewegung, für das Aufwärtsstreben der Arbeiterschaft ausschlaggebend sind. Als freie Gewerkschafter dürfen wir vor allem die internationalen Gesichtspunkte nicht außer acht lassen.

Vor dem Kriege war die oberschlesische Arbeiterbewegung durch den Einfluß des Unternehmertums und des Klerus kaum lebensfähig. Es fehlte ein ausreichender Stamm von gewerkschaftlich und politisch durchgebildeten Genossen. Als die Revolution ausbrach und der Zustrom zu den Arbeiterorganisationen sehr groß wurde, konnte der alte Stamm die notwendige Schulung und Durchbildung der neu Hinzugekommenen nicht im entferntesten bewältigen. So kam es, daß in fast allen Versammlungen nicht über wichtige gewerkschaftliche Fragen diskutiert wurde, sondern die persönlichen Momente die Auseinandersetzungen beherrschten. Erst in letzter Zeit kann man feststellen, daß die Arbeiterbewegung, von Absplitterungen syndikalischer Elemente abgesehen, festere Formen anzunehmen beginnt. Die Fluktuation ist erheblich eingedämmt. Es kristallisiert sich jetzt mehr und mehr ein größerer Stamm von fähigen Köpfen, die die Leitgedanken der Bewegung fest in sich aufgenommen haben und das Bindeglied zwischen den Massen und den Instanzen der Arbeiterbewegung zu bilden berufen sind. Man muß jedoch feststellen, daß dieser Stamm noch keineswegs genügen würde, die Massen zusammenzuhalten, wenn schwere Stürme die Arbeiterbewegung zu erschüttern drohen.

Daß die oberschlesische Arbeiterbewegung vor großen Stürmen steht, ist jedem, der mit offenen Augen die Dinge verfolgt, klar. Die Bemerkung eines Vertreters der Industriellen: „Sie werden bei neuen Forderungen auf Granit beißen", kennzeichnet genügend die Schwere der bevorstehenden Kämpfe. Aber auch die politischen Wirren, vor allem die Unklarheit der Zustände, schaffen eine Situation, in der man auf jede Ueberraschung gefaßt sein muß. Das sind jedoch alles Gefahren, die akuter Natur sind, und von deren Folgen die Arbeiterschaft sich ververhältnismäßig schnell wieder erholen kann, wenn erst einmal klare Verhältnisse vorliegen. Weit größer und für die Arbeiterbewegung gefährlicher sind die Bedrohungen durch wissenschaftliche Erschütterungen, vor denen Oberschlesien bisher bewahrt geblieben ist.

Die allgemeine Krise, unter der das deutsche Wirtschaftsleben, ja die ganze Welt, leidet, hat sich in Oberschlesien in verhältnismäßig geringem Umfange ausgewirkt. In Oberschlesien ist die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu anderen Ländern gering, sie wird in dem Augenblick riesengroß sein, in dem die Entscheidung über die Staatszugehörigkeit Oberschlesiens gefallen ist. Es wird dabei kein wesentlicher Unterschied sein, ob Oberschlesien zu Deutschland oder zu Polen kommt. Die wirtschaftliche Krise wird sich auch auf Oberschlesien ausdehnen und ein Zustrom von Arbeitslosen wird beginnen. Die Arbeitslosenfrage wird dann zum Prüfstein für die oberschlesische Arbei-

Neue Unruhen in Irland

HR. London, 4. Februar.

Gestern wurde in Rostarberry zwischen 300 Sinnfeinern und Polizeitruppen eine große Schlacht geliefert. Die Polizei hatte sich hinter einer Mauer aufgestellt, wurde aber von beiden Seiten, von den Straßen, aus den Häusern und Kirchen heraus von den Sinnfeinern angegriffen. Allmählich wurden die Sinnfeiner von den Polizeitruppen vertrieben, die Verstärkung erhalten hatten. Mehrere Tote und Verwundete blieben auf dem Schlachtfelde. Einige Stunden später nahm das Militär die üblichen Repressalien vor. Das Rathaus von Rostarberry und einige andere öffentlichen Gebäude wurden eingeäschert.

Aus Dublin wird gemeldet, daß neun Polizisten getötet und zwei verwundet wurden, als sie in einen Hinterhalt bei Pallasgreen in der Nähe von Limmerick gerieten.

Vor dem Gerichtshof in Dublin wurden mehrere Prozesse im Zusamenhang mit den Brandstiftungen englischer Truppen im September vergangenen Jahres in Balbriggan verhandelt. Ein Zeuge erklärte, er habe gesehen, daß Männer in Uniform der Polizei an mehreren Stellen in Häusern Brand gelegt hätten. Später kamen zwei Gruppen Leute, die auf andere Personen, die versuchten, das Feuer zu löschen, feuerten. Ein anderer Zeuge namens Connellan erklärte, daß die Polizei bei ihm 60 Gallonen Benzin requiriert habe. Insgesamt wurde ein Schadenersatz von 160 000 Pfund Sterling gefordert.

Die Verteilung der Steuerlasten

Bericht der Brüsseler Sachverständigen

Paris, 4. Februar.

Havas veröffentlicht mehrere Nachträge zu dem Bericht der Sachverständigen der Brüsseler Konferenz. Anhang ? enthält einen Vergleich der Steuerlasten in Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien. Es sei unmöglich, einen einheitlich durchgeführten Vergleich aufzustellen, aber den Sachverständigen sei es durch die Gegenüberstellung einer Reihe von Beobachtungen möglich gewesen, sich ein deutliches Bild zu machen. Bei einer angenommenen Bevölkerung von 60½ Millionen für Deutschland, 31,6 Millionen für Frankreich, 37 (?) für Italien und 46,1 für Großbritannien betrügen die Steuern und Auflagen jeder Art, regelmäßige wie außergewöhnliche, aber ausgenommen die örtlichen Auflagen: in Deutschland 3859 Millionen Mark, in Frankreich 15 471 Millionen Franken, in Italien 7400 Millionen Lire und in England 1085 Millionen Pfund. Das seien auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet für Deutschland 599 Mark, für Frankreich 390 Francs, für Italien 200 Lire und für England... (die Ziffer ist ausgeblieben). Die Gesamtausgaben betragen in Deutschland 111 200 Millionen Mark, in Frankreich 47 932 Millionen Francs, in Italien 26 432 Millionen Lire und in England 1167 Millionen Pfund, oder, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet 1808 Mark, 1210 Francs, 714 Lire, 25 Pfund. Die innere Schuld beträgt in Deutschland 257 Milliarden Mark, in Frankreich 212 Milliarden Francs, in Italien 77 Millionen Lire und in Großbritannien einschließlich Irland 793 Millionen Pfund. Die auswärtige Schuld beträgt in Deutschland 2500 Millionen Mark, in Frankreich 83 272 Millionen Francs, in Italien 118 450 Millionen Lire und in England 165 Millionen Pfund.

Bergmann sagt ab

Berlin, 4. Februar.

Wie wir erfahren, hat der Erste Delegierte der deutschen Delegation für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. Februar erhalten. Herr Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse befaßt sei und hierbei die Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könne.

Der Karneval in Preußen. Der Preußische Minister des Innern hat an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten folgenden Erlaß gerichtet: „Der Ernst der Lage des deutschen Vaterlandes, wie er in den letzten Tagen durch die Pariser Entschlüsse über unsere Entschädigungslasten klar geworden ist, läßt es unziemlich erscheinen, daß in den bevorstehenden Karnevalstagen in größerem Umfange karnevalistische Belustigungen, insbesondere Tanzlustbarkeiten, stattfinden. Von einem allgemeinen Verbot derartiger Veranstaltungen will ich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schädigungen, die dadurch den beteiligten Geschäftskreisen erwachsen würden, absehen. Ich bitte aber darauf hinzuwirken, daß solche Veranstaltungen nur da stattfinden, wo sich insbesondere mit Rücksicht auf getroffene Vorbereitungen sonst wirklich schwere wirtschaftliche Härten ergeben würden, und daß sie sich in einem Rahmen halten, der würdelose Ausschreitungen ausschließt.

terbewegung werden, und es wird sich erweisen, ob die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien dieser Gefahr gewachsen sind. Für diese Frage wird die Zugehörigkeit zu Polen oder zu Deutschland ausschlaggebend sein. Alles wird davon abhängen, welches Menschenmaterial in den zuströmenden Arbeitslosen verkörpert ist.

Wenn man sich die Verwirklichung von Sozialismus und Kommunismus nach russischem Muster vorstellt, so kann man allerdings einen Zustrom von sozialistisch indifferenten Elementen für vorteilhafter halten, die ihre Klassenlage noch nicht erkannt haben, und bei denen die Möglichkeit fehlt, sie in kurzer zu deren Erkenntnis zu bringen. Für alle anderen, die der festen Ueberzeugung sind, daß die Umgestaltung des Wirtschaftslebens in Deutschland sich in anderen Formen vollziehen muß, ergibt sich aus dieser Erwägung folgende Erkenntnis:

Fällt Oberschlesien an Polen, so werden die zuströmenden Arbeitslosen, die indifferent und ohne gewerkschaftliche Schulung sind, hemmend und zersetzend auf die oberschlesische Arbeiterbewegung einwirken. Schon das Ueberangebot an Arbeitskräften mit niedrigen kulturellen Ansprüchen an das Leben wird bei dem Unternehmertum die Sucht zur Herabsetzung der Löhne auslösen. Die Kapitalisten werden in diesen zuströmenden polnischen Elementen ein willfähriges Werkzeug zur Verwirklichung ihrer arbeiterschädlichen Pläne finden, und nicht versäumen, sie für diese Zwecke auszunutzen. Die Arbeiterbewegung wird in dem jetzt schon schweren Kampf gegen das Unternehmertum erheblich geschwächt werden. Besäße Oberschlesien eine Gewerkschafts- und Parteibewegung wie andere Gegenden Deutschlands, so würde der Einfluß dieser indifferenten Arbeitermassen sich noch einigermaßen neutralisieren lassen, da aber in Oberschlesien erst eben die Stabilisierung der Arbeiterbewegung beginnt, so muß dieser Einfluß zu einer schweren Schädigung, wenn nicht zu einem Zusammenbruch der oberschlesischen Arbeiterbewegung führen.

Es kann nicht im Interesse der Arbeiterinternationale liegen, wenn ein Gebiet von so großer Wichtigkeit wie Oberschlesien in der Entwicklung gehemmt oder zurückgeworfen wird. Den freien deutschen Gewerkschaften wird unter polnischer Herrschaft die Möglichkeit genommen sein, die so außerordentlich wichtige Aufklärung in die Arbeiterschaft zu tragen, obwohl sie auf Grund ihres Klassenkampfcharakters und des Zieles, das sie erstreben, unbedingt als die am meisten dazu Berufenen angesehen werden müssen. An eine Unterstützung durch die ebenfalls der Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen polnischen Verbände ist bei ihrer zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit kaum zu denken. Es würde also die aufstrebende Arbeiterbewegung in Oberschlesien, die ihre Entwicklung zum größten Teil der Unterstützung den machtvollen deutschen Gewerkschaften und Arbeiterparteien zu danken hat, in ihrem Aufstieg nicht nur gehemmt, sondern auf das Niveau der polnischen Gewerkschaftsbewegung herabgedrückt werden.

Wenn man bedenkt, welche Fülle von Arbeit notwendig sein wird, um dem oberschlesischen Arbeiter, der durch die patriarchalischen Verhältnisse vor dem Kriege in seiner Entwicklung gehemmt wurde, den Begriff seiner Klassenlage klarzumachen, so müßten ernste Zweifel entstehen, ob es der oberschlesischen Arbeiterbewegung möglich sein wird, ohne Unterstützung der großen deutschen Verbände und ohne die Möglichkeit der Anlehnung an diese die Riesenarbeit zu bewältigen. Auf keinen Fall wird die oberschlesische Arbeiterbewegung ohne die Verbindung mit den deutschen Gewerkschaften mit der sozialistischen Bewegung der übrigen Welt Schritt halten können. Bleibt aber Oberschlesien bei Deutschland, so wird der oberschlesischen Arbeiterbewegung diese so dringend notwendige Unterstützung zuteil werden. Die hohe Entwicklung der deutschen Verbände wird nicht allein vorbildlich und anspornend auf Oberschlesien wirken, vielmehr werden die deutschen Gewerkschaften gezwungen sein, wenn sie an die Verwirklichung der kommenden Aufgaben herantreten wollen, darauf zu achten, daß die Aktionsfähigkeit in allen deutschen Bezirken sichergestellt ist. Sie werden also die Bewegung in den Gegenden unterstützen müssen, in denen sie, wie in Oberschlesien, schwächer als im übrigen Reiche ist.

Eine Einwanderung von Arbeitslosen aus Deutschland wird eine geringere Gefahr bilden als die aus Polen, weil die deutschen Arbeitslosen eine bessere gewerkschaftliche Schulung besitzen als die polnischen. An den meisten Orten, wo in Deutschland die Arbeitslosigkeit in Erscheinung tritt, haben sich die Gewerkschaften einen hervorragenden Einfluß auf diese Kreise verschafft, und ihr Klassenbewußtsein so stark geschult, daß diese Arbeitslosen sich nicht als Werkzeuge der Unternehmer gebrauchen lassen. Der Arbeitslosenzustrom wird also in diesem Falle durch die deutschen Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterbewegung sorgfältig reguliert werden können, was bei einer Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Polen niemals der Fall sein kann. Die jetzt beginnende Stabilisierung der oberschlesischen Arbeiterbewegung wird auf diese Weise gefördert, der Stamm derjenigen, die der Bewegung das Rückgrat geben, wird vergrößert werden. Nur die Zugehörigkeit des oberschlesischen Industriegebietes zur deutschen Gewerkschaftsbewegung wird neben der Vertiefung auch eine Ausdehnung in die Breite ermöglichen, so daß im Entscheidungskampfe zwischen Kapital und Arbeit der oberschlesische Arbeiter die Stellung einnehmen kann, die ihm auf Grund der wirtschaftlichen Bedeutung seines Bezirkes zusteht.

Eine verfehlte Kundgebung

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Arbeiter der Welt

Der A. D. G. B. verbreitet folgenden Aufruf, dem sich der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale anschließen:

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden.

Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkerbund errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen.

Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun.

Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit, der Gerechtigkeit, zur höheren Ehre Gottes und der Menschlichkeit.

Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Krieg geseufzt, vierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Gegner die Schuld am Kriege zuschieben, dafür büßen. Ihre Kinder und Kindeskinder sollen verkommen und verderben. Sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben erhalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben.

Ungefähr ebensoviel wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Lauf von 42 Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden. Erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, dessen Naturschätze man zum großen Teil genommen, und dem man den Absatz der Werke seiner Arbeit nach anderen Ländern unterbindet.

Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen — es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen.

Haß und Verbitterung werden sich in die Herzen einfressen, auch in die Herzen derer, die ihr ganzes Leben für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!

Dieser wenig glücklich gefaßte, in allgemeinen Redensarten sich bewegende Aufruf, wird auf die Arbeiter der Welt, an die er gerichtet ist, kaum einen besonderen Eindruck machen. Der Aufruf hält sich nicht einmal frei von nationalistischen Formeln und versäumt es ganz, auf die wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Situation und auf die maßlose Schuld ihrer Urheber einzugehen, der Imperialisten aller Länder — der deutschen, die den Krieg entfesselt haben, und der Ententeimperialisten, die ihre Siegermacht ausnutzen, um einen Gewaltfrieden durchzusetzen.

Wir hätten eine ruhigere und vor allem sachlich begründete Stellungnahme gewünscht. Sie wäre der Sache dienlicher und der deutschen Arbeiterklasse, deren bedeutsamste Vertretungskörperschaften hier sprechen, würdiger gewesen.

Französische Kammerdebatte

Paris, 4. Februar 1920.

In der heutigen Sitzung der Kammer setzte Tardieu seine gestern unterbrochene Rede fort. Er habe gestern bewiesen, daß das Pariser Abkommen an die Stelle der Reparationskommission die Regierung gesetzt habe, um die Schuld Deutschlands festzusetzen. Er habe ferner bewiesen, daß die Forderungen Frankreichs durch das Abkommen auf 71 Milliarden Goldmark herabgesetzt seien anstelle der 214 Milliarden, die man zu verlangen habe. Einige seiner Kollegen hätten sogar gesagt, die Ziffer von 71 Milliarden sei optimistisch. Tardieu stellte fest, daß Deutschland bis jetzt nur für 15 Milliarden Goldmark restituiert habe, auf Konto der Reparationen habe es 12 Milliarden bezahlt. Es hätte aber vor März 1921 20 Milliarden Goldmark bezahlen sollen. Er frage deshalb, ob es opportun sei, sich mit den Deutschen darin zu finden, daß man sage, der Vertrag sei unausführbar, wir werden ihn abändern.

Die Sachverständigen hätten festgestellt, daß Deutschland imstande sei, den Friedensvertrag auszuführen. Gerade diesen Augenblick wähle man, um die Forderung herabzusetzen. Schon seit einem Jahre hätte man den Alliierten sagen müssen, man müsse sich verständigen, um die strengste Ausführung des Vertrages zu fordern. Man hätte ein allgemeines Pfand auf das gesamte Haben Deutschlands nehmen müssen, man hätte das Budget, die Finanzen, den deutschen Handel kontrollieren müssen und nachher die Annuitäten im Hinblick auf deren Flüssigmachung festsetzen müssen.

Seit einem Jahre hätten die Alliierten können und müssen — die äußerste Linke unterbricht stürmisch und fragt: Was, was? — Tardieu fährt fort: die Klauseln des Friedensvertrages anwenden und **von Deutschland Jahreszahlungen im ungefähren Betrag von 4 Milliarden verlangen.** Seit einem Jahre habe man sich keiner Vertragsklausel bedient. Der Privatsekretär von Lloyd George habe geschrieben, wenn die finanziellen Bedingungen nicht hart wären, wären sie nicht gerecht. Die Alliierten hätten seit 13 Monaten Amputierungen und Verzögerungen angenommen, die von den Vertragsunterhändlern zurückgewiesen worden seien.

Bayrischer Karneval

Landestrauer oder Faschingsrummel?

Die bürgerliche Presse in Bayern stimmt ein nationalistisches Wutkonzert über die Pariser Beschlüsse an und verteidigt dabei besonders die Einwohnerwehren, die unter keinen Umständen preisgegeben werden sollen. Sie vergißt dabei vollständig, daß gerade die reaktionäre Haltung Bayerns in der Frage der Einwohnerwehren wesentlich zur Verschärfung der gegenwärtigen Krise beigetragen und die Entente zu ihren harten Forderungen geradezu herausgefordert hat. Die Artikel aller Zeitungen klingen aus in dem Ruf: Nein, nein, und abermals nein! Die reaktionären Herrschaften wollen nicht einmal von weiteren Verhandlungen noch etwas wissen. So sagen z. B. die „Münchener Neusten Nachrichten": „Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende." Und in der „Bayrischen Staatszeitung", dem offiziellen Organ der Regierung, schreibt Herr Arnold Rechberg, der journalistische Berater Ludendorffs, die französische Politik treibe ganz Europa in die Gewalt der Moskauer Regierung, unter deren würgenden Händen alles erstickt werde, was die „Kulturvölker" Europas als ihre heiligsten Errungenschaften ansehen. Dann erhebt er die kategorische Forderung: Bayern darf unter keinen Umständen die Einwohnerwehren auflösen!

Bayern arbeitet also ganz offensichtlich auf eine Verschärfung der Krisis hin. Die militärischen Berater der Presse haben es natürlich leicht, ein Ende mit Schrecken herbeizusehnen. Sie wissen genau, daß dieser Schrecken nicht über die Bourgeoisie und die militärischen Führer kommt, sondern daß er in erster Linie das Proletariat heimsucht. Ihr Herr und Meister Ludendorff hat ja schon einmal, als es schrecklich für ihn zu werden drohte, ein vorbildliches Beispiel erbracht, wie man sich glücklich derartigen Affären entzieht. Er ist, als die Luft für ihn zu dick wurde, ausgerissen und hat die Verantwortung den anderen überlassen. In der Hoffnung darauf, daß es auch diesmal wieder so gut klappt, können die bayrischen Katastrophenpolitiker also ganz ruhig auf eine Verschärfung des Konfliktes hinarbeiten. Nur sollen sie sich gesagt sein lassen, daß das Proletariat inzwischen etwas klüger geworden ist.

Allzu tragisch ist im übrigen der bayrische Spektakel momentan nicht zu nehmen. München hat inzwischen weit ernstere Sorgen bekommen. Das heißt: nicht das München der Arbeiter, sondern das München der Weißwurstesser und Vollbiertrinker, also das München der wahren bayrischen Patrioten. München lebt nämlich in der Karnevalszeit, und die Herren Kahr und Pöhner, die es mit den staatstreuen Bürgern nicht verderben wollten, hatten für den Karnevaldienstag eine Verlängerung der Polizeistunde vorgesehen, an den drei vorhergehenden Tagen sollte sich das zahlungsfähige München sogar bis 1 Uhr nachts amüsieren können.

Die Veröffentlichung dieser polizeilichen Verfügung erfolgte am gleichen Tage, an dem die Antwort des Außenministers auf die Pariser Forderungen öffentlich angeschlagen wurde. Deutschnationale und deutsche Volksparteiler haben daraufhin gefordert, mit dem Karneval Schluß zu machen und ein striktes Tanzverbot zu erlassen. Kahr fügte sich, machte den ursprünglichen Erlaß rückgängig und untersagte am 3. Februar mit Wirkung ab 4. Februar alle öffentlichen und geschlossenen Lustbarkeiten. Die bereits erteilten Genehmigungen wurden zurückgezogen, die Polizeistunde wieder verkürzt, allen Widerspenstigen Gewalt angedroht.

Dieses Verbot, das mitten in den Faschingshochbetrieb fiel, brachte nun die verschiedensten Interessentenverbände, die am Fasching was verdienen wollen, auf die Beine. Sie vergaßen Paris und die harten Forderungen der Entente. Sie bestürmten Herrn Kahr, das Verbot wieder rückgängig zu machen, und die Saalinhaber drohten sogar an, ihre Lokale offen zu halten, „komme, was da wolle". Deputationen über Deputationen bestürmen das Ministerium und wollten Herrn Kahr persönlich sprechen. Vergeblich! Herr Kahr will es mit seinen Münchener Getreuen nicht verderben, er weiß, daß der bayrische Patriotismus durch Biergenuß, Weißwurstessen und Karnevalhumbug einen sehr starken Auftrieb bekommt. Er braucht seine Münchener noch für spätere Zeiten, und hat sich deshalb unauffindbar gemacht — er ist „verreist".

Vertuschungsversuche

Die deutschnationale Presse und der Fall Kerkhoff

Den Deutschnationalen sind die Erörterungen im Haushaltsausschuß des Reichstages über den Fall Kerkhoff sehr unangenehm. Ihre Presse greift deshalb zu dem beliebten Mittel der Fälschung, um ihre Leser im Unklaren über die tatsächlichen Feststellungen zu halten. Die „Deutsche Tageszeitung" zieht in ihrer heutigen Morgenausgabe gegen den Finanzminister Wirth heftig zu Felde. Sie beschuldigt ihn der parteipolitischen Motive bei der Aufdeckung dieses Falles und zieht einen Vergleich zwischen dem Fall Erzberger und dem Fall Kerkhoff. Der Fall Erzberger wäre ein politischer Fall geworden, weil das Zentrum stets Erzberger mit allen Mitteln im Amte zu halten gesucht habe. Die Deutschnationalen aber hätten in dem Fall Kerkhoff von Anfang an völlige Klarheit verlangt.

Beide Behauptungen enthalten grobe Entstellungen. Der Feldzug der Deutschnationalen gegen Erzberger entsprang nicht moralischen, sondern politischen Motiven. Erzberger hatte sich den grimmigen Haß der Deutschnationalen wegen seiner Steuergesetzgebung zugezogen. Seine moralischen Qualifikationen oder Verfehlungen hätten den Deutschnationalen, wenn er nicht zu gleicher Zeit Finanzminister gewesen wäre und Besitzsteuern gemacht hätte, nie Veranlassung zu irgend einem Vorgehen gegen ihn gegeben. Ebenso unwahr aber ist das Bestreben der Deutschnationalen, ihr Verhalten im Ausschuß als völlig einwandfrei darzustellen. Das ist eine grobe Entstellung des Sachverhalts, die der deutschnationalen Presse nur durch ihre verlogene Berichterstattung ermöglicht wird. Hätte sie einwandfrei über die Verhandlungen des Ausschusses berichtet, so hätte jeder Leser daraus ersehen, daß bereits in der ersten Sitzung des Haushaltsausschusses, die sich mit der Angelegenheit beschäftigt hatte, die deutschnationalen Führer Schultz und Helfferich den Reichsfinanzminister mit allen Mitteln zu veranlassen suchten, eine Ehrenerklärung für Kerkhoff abzugeben, in einem Augenblick, in dem weder das Verfahren abgeschlossen war, noch der Finanzminister die Möglichkeit gehabt hatte, sich ein eigenes Urteil über die Angelegenheit zu bilden. Dieses schmähliche Verhalten haben die Deutschnationalen erst aufgegeben, als die überaus gravierenden Enthüllungen Wirths an Hand der Akten jeden Versuch der Reinwaschung Kerkhoffs als völlig aussichtslos erscheinen ließ.

•

Die „Deutsche Tageszeitung" teilt mit, daß der Abgeordnete Kerkhoff der deutschnationalen Fraktion sein Reichstagsmandat zur Verfügung gestellt habe. Die Fraktion habe aber keinen Anlaß, davon Gebrauch zu machen. Aus dieser Erklärung geht aber ferner deutlich hervor, daß die deutschnationale Fraktion gar nicht daran denkt, die von bürgerlicher Seite im Haushaltsausschuß ausgesprochene Hoffnung zu erfüllen, daß sie von sich aus auf die Immunität des Abgeordneten Kerkhoff verzichten werde. Weder Kerkhoff noch die deutschnationale Fraktion scheinen die Absicht zu haben, die Schranken, die der einwandfreien Untersuchung durch Kerkhoffs Abgeordnetenimmunität gezogen sind, freiwillig zu beseitigen. **Das sagt vollkommen genug!**

•

Auch die deutsche Volkspartei

Auch die „Tägliche Rundschau", offizielles Organ der Deutschen Volkspartei, macht sich zum Verteidiger Kerkhoffs. Sie macht der linksstehenden Presse den Vorwurf, sie gestalte den Fall Kerkhoff zu einer großen Affäre, um dadurch „die Nachwirkungen der Affäre Erzberger zu beseitigen".

Erstens ist es plump, in diesem Augenblick, da die Steuerdrückerbergerei und Steuerhinterziehung der Besitzenden deutlicher denn je erkennbar ist, und so unverblümt wie nie betrieben wird, an den Fall Erzberger zu erinnern, denn Erzberger wurde mit Hinterlist und Tücke gefällt, weil er mit etwas kräftigeren Griffen nach dem Geldbeutel der Besitzenden langte, als der windelweiche Reichsfinanzminister Wirth. Zweitens ist es genau umgekehrt, als die „Tägliche Rundschau" es darstellt. Sie und die ihr geistesverwandte Presse macht nur deshalb von neuem ein breites Geseires vom Fall Erzberger, um die Aufmerksamkeit von der Schweinerei Kerkhoff abzulenken. Genug, die „Tägliche Rundschau" deckt sowohl Kerkhoff wie die Deutschnationale Partei, die nach der Auffassung dieses Blattes mit unbefleckter weißer Weste vor der Mit- und Nachwelt dasteht. Woran man erkennen möge, welche Begriffe von politischer Reinlichkeit in diesen die Politik des Reiches gegenwärtig beherrschenden Kreisen Geltung haben. Es ist das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, wie wir mit Betonung wiederholen wollen, in dem so etwas zu lesen ist.

•

Dieselben Kreise greifen auch nach der Macht in Preußen, um ihren schmierigen politischen Betrieb auch dort an erster Stelle und frisch sprudelnder Korruptionsquelle etablieren zu können. Rückt weit ab von dieser traurigen Gesellschaft, Arbeiter und Angestellte. Gebt ihnen am 20. Februar die Antwort, zeigt ihnen durch die massenhafte Abgabe unabhängiger Stimmzettel, daß ihrer Macht ein Damm gesetzt ist am Willen der Arbeiterklasse.

Verhaftungen von Kommunisten. In Frankfurt a. M. wurden von der Polizei vierzehn Personen verhaftet, darunter eine Anzahl Kommunisten und Mitglieder der sogenannten „Illegalen Kampforganisation". In den Wohnungen einiger Leute wurden Schriftstücke beschlagnahmt. Es handelt sich, wie die „Frankfurter Zeitung" erfährt, hierbei weniger um eine politische Maßnahme, sondern in der Hauptsache um kriminelle Dinge.

Einheitsfront der Frauen!

Die bürgerlichen Parteien bemühen sich neuerdings lebhaft um die sogenannte Einheitsfront der Frauen. Sie möchten gegenüber allem Trennenden der Parteien die gemeinsamen Interessen der Frauen in den Vordergrund schieben.

„Aussöhnung der Klassengegensätze" lautet die Parole der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Wo waren die gemeinsamen Fraueninteressen, als die bürgerlichen Frauen die Reichswochenhilfe, die Unterstützung für Mütter und Säuglinge des Proletariats ablehnten? Wo war die Einheitsfront, als alle bürgerlichen Parteien einen scharfen Kampf gegen das Frauenwahlrecht führten? Wo sind die bürgerlichen „Schwestern", wenn die Not der Proletariermütter zum Himmel schreit, ihre Kinder verhungern, weil die Väter arbeitslos auf der Straße liegen?

Sie bewilligen im Parlament Milliarden für die Reichswehr, sie wälzen immer neue Steuerlasten auf das arbeitende Volk. Wo bleibt die Einheitsfront der Frauen, wenn die bürgerlichen Hausfrauen einen scharfen Kampf führen gegen alle berechtigten Forderungen ihrer Hausangestellten?

Ja, das ist etwas anderes! Jetzt stehen wir im Wahlkampf, jetzt will man Stimmen fangen, jetzt ist es also an der Zeit, sich auszusöhnen, Klassengegensätze zu überbrücken.

Wie war es doch, als wir Aufhebung des Gebärzwanges forderten? Die bürgerlichen Frauen erhoben einen Schrei des Entsetzens. Sie wollten, daß die Frauen weiterhin Gebärmaschinen bleiben sollten, die für den Staat Menschen, das heißt Arbeiter und Soldaten schaffen.

Die neueste Schöpfung bürgerlicher Schwärmerinnen ist ein „Bund der Jungfrauen Deutschlands", der — unabhängig von den Parteien natürlich — die Revision des Versailler Friedens erzwingen will. Wo bleibt nun die Friedfertigkeit, die Aussöhnung? Macht sie an Frankreichs Grenze schon halt?

Die Proletarierfrauen haben mit solchen Spielereien nichts gemein. Ihre Verbündeten sind die proletarischen Frauen und Mütter Frankreichs, Englands, Rußlands, wie aller anderen Länder. Ihre Gedanken wandern nach Italien, wo auf dem letzten Frauenkongreß eine Organisation proletarischer Mütter geschaffen wurde, die gegen Militarismus und Chauvinismus kämpfen will. In ihrem Aufruf heißt es unter anderem:

„Der Feind steht heute nicht außerhalb der Grenzen, sondern innerhalb. Die heutigen Kriege sind nicht mehr Verteidigungskriege, sondern Kriege der Eroberung. Darum wollen wir die Organisation der Mütter schaffen, damit diese bei neuen Kriegsdrohungen sich dem nicht allein widersetzen, sondern vor allem ihre Söhne erziehen im Sinne eines neuen sozialen Verständnisses, der persönlichen und gesellschaftlichen Fortbildung zum Zwecke der Vernichtung der alten bürgerlichen und der Errichtung der neuen sozialistischen Gesellschaft."

Diesem Ziele werden auch die proletarischen Mütter Deutschlands zustreben, sie werden unter dem Banner der Unabhängigen Sozialdemokratie für ihre Ideale kämpfen, und dem heuchlerischen Liebeswerben der bürgerlichen „Damen" am Wahltage die richtige Antwort erteilen!

Die Partei der Konfusion

Das quirlende Durcheinander, das die V. K. P. D. heute darstellt, wird beleuchtet durch eine bissige Kritik, die von der in Braunschweig erscheinenden kommunistischen „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" an dem kommunistischen Aufruf zur preußischen Landtagswahl und an einem Wahlartikel des kommunistischen Pressedienstes geübt wird. Der durchaus moskautreue Redakteur des Blattes verweist in einem Artikel „Kommunisten im Wahlkampf" auf die Leitsätze und Richtlinien der dritten Internationale und **erbringt den Nachweis, daß die kommunistische Wahlagitation in Preußen mit diesen Moskaubefehlen gar nicht in Einklang steht.** Er nimmt Bezug auf den Satz des Wahlaufrufes der V. K. P. D.-Zentrale:

„Anstatt vom Staate aus das zerstörte Wirtschaftsleben in die Hand zu nehmen, blüht die „freie Wirtschaft", so daß eine halbe Million Arbeitsloser auf der Straße liegt."

Ueber diese Bemerkung ist das Blatt ganz entsetzt. Es bemerkt:

„Der Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft wäre demnach abhängig von der moralischen Qualifikation der bürgerlichen Gesellschaft. **Nun wird diese Auffassung von keinem Kommunisten, auch nicht von der Zentrale vertreten.** Warum aber werden denn solche Sätze geformt, die in der breiten Masse Illusionen wecken können und damit gleichzeitig den Kampfwillen schwächen?"

Die Zentrale der V. K. P. D. mag sich selber zu dem Attest äußern, daß sie Wahlaufrufe „in der Schlaftrunkenheit verfaßt" und daß sie in dieser Schlaftrunkenheit den „Kampfwillen der Massen schwächt". Wir haben dazu nichts zu bemerken.

Noch grausamer wie die Zentrale wird der Pressedienst der V. K. P. D. von dem rechtgläubigen Kommunistenblatt ans Kreuz geschlagen. Der Pressedienst hatte in einem den Kommunistenzeitungen zugesandten Artikel die Notwendigkeit, kommunistisch zu wählen, darzutun versucht und behauptet: „das ist der zur Zeit richtigste und sicherste Schutz gegen Reaktion und Gegenrevolution.

Da hakt es aber beim Braunschweiger Kommunistenblatt, dessen Redakteur die Moskauer Thesen in Glas und Rahmen überm Schreibtisch hängen hat, geräuschvoll aus. Es donnert los:

„Was hier gesagt wird, ist glatter Opportunismus und Parlamentarismus, für den in den Reihen der V. K. P. D. kein Platz sein darf, jetzt und auch später nicht. Es wird Sache der Zentrale sein, daß sie dem kommunistischen Pressedienst in Zukunft gehörig auf die Finger sieht, damit solche unabhängige Auffassungen über das Parlament nicht durch ein parteioffiziöses Bureau in die kommunistische Presse lanziert werden."

Daß bald wieder gereinigt werden muß in der V. K. P. D., ist ganz klar. Denn in dieser Partei darf doch das „Unkraut" da und dort aufkeimender Vernunft nicht geduldet werden. Daß aber der „unbefleckte" Braunschweiger Kommunistenredakteur die Zentrale zum Eingreifen gegen den kommunistischen Pressedienst aufruft, dieselbe Zentrale, die selber sündig ist und im Schlafe opportunistische Wahlaufrufe verfaßt, das zeigt die sinnverwirrende Konfusion von der die V. K. P. D. heute hin- und hergebeutelt wird.

Ein oberschlesischer Junker

Die Zeitschrift „Schlesischer Klein-Bauernbund" enthält über oberschlesische Pachtverträge folgendes:

„Von unseren Mitgliedern sind uns einige Pachtverträge neuesten Datums zur Verfügung gestellt worden, die von einer sonderbaren Auffassung der neuen Zeit sprechen. In dem Pachtvertrage, welchen das Gut Buhlau, zur Standesherrschaft Moschen gehörig, Besitzer Graf Tiele-Winkler, am 1. Oktober 1920 mit insgesamt 53 Pächtern abgeschlossen hat, sind folgende Bestimmungen enthalten:

„Die Pachtdauer beträgt drei Jahre und läuft vom 1. Oktober 1920 bis 1921 dahin. Die Gutsherrschaft ist berechtigt, die Parzelle zu jeder Zeit ohne Kündigung innerhalb der Pachtdauer entweder ganz oder geteilt zurückzunehmen. Es enthält sodann der Pächter die darauf stehende Frucht nach der Abschätzung eines vereidigten von der Verpächterin zu wählenden Taxators, gegen dessen Taxe Einsprüche nicht erhaben werden können, vergütet.

Pächter sind verpflichtet, sich der Gutsherrschaft vornehmlich bei Erntearbeit zur Verfügung zu stellen, widrigenfalls die Gutsherrschaft berechtigt ist, das Vertragsverhältnis innerhalb der Pachtdauer aufzulösen.

Bei Flurschäden infolge von Reitjagden hat sich der Pächter mit dem seitens des Verpächters ermittelten Schadenersatzbetrage zufrieden zu geben."

So geschehen in Oberschlesien, wenige Monate vor der Abstimmung!"

Graf Tiele-Winkler ist in dem Jahrbuch der Millionäre von 1912 als der neunt-reichste Mann Preußens bezeichnet. Sein Jahreseinkommen belief sich damals auf 4¼ Millionen Mark. Sein schlesischer Grundbesitz, fast ganz in Oberschlesien belegen, umfaßte 184 000 Morgen! Die veröffentlichten Pachtbedingungen beweisen, so sagt die „Welt am Montag" dazu mit Recht, was sich heute in der deutschen Republik ein Junker alles ungestraft erlauben darf.

Nicht parteipolitisch, aber „politisch"

Der Nationalverband Deutscher Offiziere schickt uns zu dem Artikel „Die legale Konterrevolution" folgende Berichtigung.

„Es ist unwahr, daß unser Vertreter vor dem Mieteinigungsamt erklärt hat, der Nationalverband Deutscher Offiziere sei kein politischer Verein. Er hat nur erklärt, daß der Nationalverband Deutscher Offiziere kein parteipolitischer Verein sei. Es ist unrichtig, daß wir in der Kleiststr. 32 eine Achtzimmer-Wohnung inne haben. Richtig ist, daß wir wegen Ueberlassung von 3—4 Räumen mit dem Mieteinigungsamt in Unterhandlungen stehen. Es ist unrichtig, daß wir ein „Geheimverband der Rechtsparteien" sind. Wir sind vielmehr ein öffentlich-rechtlicher Verein, dessen Veranstaltungen in voller Oeffentlichkeit vor sich gehen."

Diese Berichtigung kann nichts an der Tatsache ändern, daß der Nationalverband Deutscher Offiziere monarchistische Propaganda betreibt, von der Orgesch als besonders zuverlässig empfohlen wird, und wenn er noch gar zu behaupten versucht, er sei nicht parteipolitisch, sondern nur politisch schlechthin, so steht dem die Tatsache gegenüber, daß der genannte Verband eine ausgesprochen reaktionäre, antirepublikanische Propaganda betreibt und daß er schließlich nur deshalb nicht der Deutschnationalen Partei angeschlossen ist, weil ihm diese noch zu weit links steht.

Eine verfehlte Drohung

Der Vizefeldwebel Markus, der während der Berliner Märzkämpfe im Jahre 1919 bei verschiedenen „standrechtlichen" Erschießungen beteiligt war, die im Grunde genommen, glatte Mordtaten darstellten, ist letzthin zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er schickt uns jetzt zu unserm Prozeßbericht eine Richtigstellung, in der es heißt:

„Es ist nicht richtig, daß die „kleinen Unehrlichkeiten", wegen deren ich verurteilt bin, darin bestanden haben, daß ich die angeblich von mir Erschossenen beraubte.

Richtig ist vielmehr, daß die Unterschlagungen, wegen deren ich zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden bin, die waren, daß ich einem meiner Vorgesetzten einen Militärmantel und einem Gutsbesitzer ein Fahrrad entwendet habe."

Markus droht uns dann noch mit einer Klage, wenn wir der Berichtigung keinen Raum gewähren würden. Wir bringen hiermit die Berichtigung, fordern aber Herrn Markus auf, die Klage trotzdem gegen uns anzustrengen, da wir das größte Interesse daran haben, verschiedene Mordtaten aus den Märztagen, die durch die Gerichte verdunkelt worden sind, vor der breitesten Oeffentlichkeit aufzurollen. Ob die Ehre des Herrn Markus bei diesen Erörterungen keinen Schaden erleidet, das wird sich dann ja herausstellen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Eine schwere Brandkatastrophe hat sich im Gaswerk Tiefstak bei Hamburg ereignet. Beim Abheben eines großen Kessels geriet das Gas durch Entzündung der Reinigungsmasse in Brand. Eine große Stichflamme erfaßte sechs Arbeiter, von denen zwei getötet wurden und vier mehr oder weniger schwere Brandwunden erlitten.

Ein neuer Ausnahmeprozeß

Kommunisten vor Gericht

Vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I begann gestern in Moabit der neue Prozeß gegen 6 Personen, die unter dem Verdacht stehen, einer verbotenen militärischen Organisation, der sogenannten „Kampf-Organisation" der K. P. D. angehört zu haben. Angeklagt sind der Monteur Karl Ziegler, Martin Conrad, Hermann Logé, Erich Laudien und Paul Arndt.

Nach Beginn der Verhandlung entspann sich eine Debatte zwischen den Verteidigern Justizrat Broh und Justizrat Fränkl einerseits und dem Gericht andererseits über die Zuständigkeit dieses Sondergerichtes. Die Verteidiger vertraten, wie schon bei der ersten Verhandlung, den Standpunkt, daß die Verordnung des Reichspräsidenten ungültig sei, daß sie nur vom Reichswehrminister, nicht aber vom Reichsminister des Innern und dem Reichsjustizminister gegengezeichnet sei. **Es sei absurd, daß in einer Zeit, in der nicht einmal der Ausnahmezustand bestehe, Zivilisten vor ein Gericht gestellt würden, dessen Zusammensetzung ein General bestimme.**

Nach längerer Beratung erklärte sich das Gericht für zuständig. Dann wurde mit der

Vernehmung der Angeklagten

begonnen. Bis auf Ziegler sind sämtliche Angeklagten arbeitslos und unbestraft. Arndt und Laudien gaben an, der K. A. P. D. anzugehören, während Ziegler auf die Frage, welcher Partei er angehöre, die Auskunft verweigerte und Conrad erklärte, daß er „mal hier, mal da sei". Hierauf verlas Staatsanwaltschaftsrat Ranien die Anklage. Er schilderte die Institution der sogenannten Kampf-Organisation der Kommunistischen Partei, die in Berlin fünf Bezirke mit je 3 bis 4 Kompagnien habe. Weißensee stelle die 5. Kompagnie der vierten Abteilung. Das Versammlungslokal der Rotgardisten in Weißensee war das Restaurant „Zum Prälaten". Dem Angeklagten Ziegler wird zur Last gelegt, daß er die „militärischen Exerzitien" der Weißenseer K. O. geleitet, Uebungsmärsche nach dem Tempelhofer Feld und Spandau, und Maschinengewehrübungen auf dem Rennbahngelände in Weißensee geleitet habe. Ziegler habe auch für das Maschinengewehr der Weißenseer K. O. ein Stativ gebaut und zusammen mit Michaelis die Waffe eingeschossen. Bei einer dieser Uebungen wurden die Mitglieder der K. O. von zwei Wächtern der Rennbahn überrascht. Die Angeklagten entwaffneten die beiden Leute und nahmen die Gewehre an sich. Ziegler soll das Unternehmen am 19. August v. J. geleitet haben, bei dem die Angeklagten versuchten, das Waffenlager auf dem Laubengelände an der Grellstraße auszuheben. Aller Wahrscheinlichkeit nach habe Ziegler bei dem Feuergefecht mit den beiden Polizeibeamten Schwedowski und Vogel den

tötlichen Schuß

auf den erstgenannten Beamten abgegeben. Das deswegen eingeleitete Verfahren mußte jedoch wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden. Die anderen Angeklagten sollen als Gewehrträger an dem versuchten Waffendiebstahl in der Missionslaube beteiligt gewesen sein.

Der Angeklagte Karl Ziegler erklärt hierzu, daß er sich erst nach dem Kapp-Putsch einer politischen Partei angeschlossen habe. Von einer Kampforganisation habe er zuerst durch die Presse und beim Untersuchungsrichter gehört. Alles, was darüber mit ihm in Verbindung gebracht worden wäre, sei Unsinn. — Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck und hält dem Angeklagten vor, daß er nach den Aussagen des Angeklagten Falk im ersten Prozeß an der Schießübung am 8. August und an dem Unternehmen in der Nacht vom 19. August teilgenommen haben soll. Ferner sei er sowohl von Falk wie von Krüger als Truppenführer in der K. O. bezeichnet worden. — Ziegler bestreitet die Richtigkeit dieser Angaben. Die übrigen Angeklagten bestreiten ebenfalls jegliche Beteiligung an einer K. O. Der Angeklagte Laudien erklärt, er sei wohl an dem Tage, an dem das Maschinengewehr auf der Rennbahn eingeschossen worden sei, in der Nähe dieses Geländes gewesen, aber nur, um Kohl zu stehlen. —

Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Als erster Zeuge wurde der Bureaugehilfe Falk vernommen, der seinerzeit nach seiner Verhaftung im Polizeipräsidium **sehr genaue Angaben über die K. O. Weißensee** gemacht hatte, auf Grund deren die einzelnen Beteiligten von der Polizei verhaftet und gegen sie Anklage erhoben wurde. Heute erklärt Falk, daß ihm damals

alle Geständnisse abgepreßt

worden seien und daß er alles widerrufe. Der Zeuge, der Müllkutscher Erich Krüger, der bei dem Feuergefecht in der Grellstraße verwundet wurde und in der ersten Verhandlung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, kennt weder eine K. O., noch will er wissen, wie er im August in die nächtliche Schießerei bei der Missionslaube hineingeraten ist. Zeuge Ernst Schulze, der im ersten Prozeß freigesprochen wurde, bekundet, daß er nach dem Kapp-Putsch Zugführer in der Roten Armee gewesen sei. An dem Unternehmen am 19. August sei er nicht beteiligt gewesen. — Justizrat Broh bemerkt hierzu, daß die Kommunistische Partei bereits am 5. April 1920 die Auflösung der Roten Armee beschlossen habe und die Beteiligung an den Sportvereinen abgelehnt habe.

Der nächste Zeuge Michaelis, der in der ersten Verhandlung als Hauptanführer verurteilt wurde, will keinen der heutigen Angeklagten kennen. Nach seiner Schilderung sei die Erschießung des Wachtmeisters Schwedowski und die Nachricht von dem Waffenlager in der Missionslaube auf die Tätigkeit von Polizeispitzeln zurückzuführen. — Lediglich der Zeuge Lips gibt auf eine Frage des Vorsitzenden zu, daß er Mitglied der Propaganda-Organisation gewesen sei.

Unterwachtmeister Josephowitz gab dann eine sehr ausführliche Schilderung der Vorgänge bei der Missionslaube und bekundete, daß er damals den Zeugen Lips festnahm, der in der ersten Ueberraschung die Namen der Beteiligten verriet. — Die Zeugin Krohn sagt aus, daß sie mit Ziegler am 19. August die ganze Nacht in der Wohnung der Prasseschen Eheleute zusammengewesen sei. Die Eheleute Prasse bestätigen diese Angaben.

Hierauf wurde der Kriminaloberwachtmeister Schiller vom Berliner Polizeipräsidium vernommen. Er bekundet, daß er die in dem Vernehmungsprotokoll Dolnys enthaltenen Namen der jetzigen Angeklagten Conrad, Laudien und Logé erst von Dolny erfahren habe. Der Name Ziegler sei schon in dem Protokoll des Falk erwähnt worden. Er habe keine Suggestivfragen gestellt.

Der nächste Zeuge ist der Kriminalkommissar Maslack vom Berliner Polizeipräsidium. Auch er bekundet, daß ihm die von Falk genannten Namen vollständig neu gewesen seien. Er habe sie jedenfalls dem Falk nicht in den Mund gelegt. Falk habe ihn über die verschiedensten Sachen, die vollkommen neu waren, durchaus präzise und später bestätigte Angaben gemacht. So erzählte er zum Beispiel, daß er eines Tages mit Michaelis in Weißensee spazieren gegangen ist, da sei Karl Ziegler an sie herangekommen und habe gesagt: Kommt mal mit in meine Wohnung, ich will euch was erzählen. In der Wohnung angekommen, berichtete Ziegler, daß ihre Sache gut stände. Er habe mit Speckmann vom Republikanischen Führerbund Fühlung genommen, 7000 Mann des Bundes ständen auf dem Boden der K. P. D., auch einige Offiziere vom Reichswehrregiment 29 seien schon für ihre Sache gewonnen worden. Falk erzählte weiter, daß Ziegler sich bei dieser Unterredung auf einem Zettel Notizen gemacht habe. Tatsächlich ist dann später bei einer Durchsuchung der Zieglerschen Wohnung ein derartiger Zettel gefunden worden, der dann zu den Akten eingereicht worden ist.

Der Kassiber im Gerichtssaal.

Eine Sensation gab es, als plötzlich Staatsanwalt Rammin sich erhob und erklärte: „Mir sind hier soeben vom Justizwachtmeister Zettel überreicht worden, die man im Vorsaal gefunden hat. Die Zettel sind von dem Zeugen Falk geschrieben und offenbar an den Angeklagten Ziegler gerichtet. Vors.: Was steht auf diesen Zetteln? Staatsanwalt Rammin verlesend:

„Von mir bist Du nicht belastet. Ich kenne Dich nur von der Partei her. Meine Vernehmung am Alexanderplatz ist ja nun glücklicherweise illusorisch geworden. Im Sportklub waren nur Michaelis und ich. Du hast alles für Quatsch gehalten, nun mußt Du Dich vorsehen, weil Dich doch Dolny und General belastet haben. Es ist nur gut, daß dieser Prozeß hier gegen die K. O. vor dem Mordprozeß Schwedowski behandelt ist, denn das Urteil aus diesem Prozeß ist ja unumstößlich. Das ist wichtig, denn, wenn Speckmann mit seiner Aussage jetzt kommt, ist es für eine Belastung zu spät." (Große Bewegung im Saal.)

Vors.: Falk, haben Sie das geschrieben? Zeuge Falk: Es ist wohl meine Handschrift, aber ich weiß nicht, wann ich das geschrieben haben soll.

Nach einer kurzen Pause wird der Zeuge Falk nochmals über den von ihm verfaßten Kassiber befragt. Vors.: Herr Zeuge, **das Schicksal dieser fünf Angeklagten liegt in Ihrer Hand.** Sagen Sie die Wahrheit und schildern Sie, für wen der Zettel bestimmt war. Der Zeuge, der noch ziemlich fassungslos ist, gibt zunächst eine wirre Antwort, faßt sich aber dann, und erklärt, daß er dem Hauptangeklagten Ziegler den Zettel habe zustecken wollen. Vors.: Sie sagen in diesem Zettel, daß Speckmann mit seiner Aussage zu spät komme. Wer ist Speckmann? Da der Zeuge schweigt, stellt Justizrat Broh die Vermutung an, daß es sich wohl um einen Spitzel handle, der vorgab, Mitglied des Republikanischen Führerbundes zu sein. Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen und Staatsanwalt Rammin ergriff das Wort zu seinem

Plädoyer.

Es sei festgestellt, daß ein **militärischer Verband** bestanden hat, gleichgültig, ob man ihn Kampforganisation oder Kommunale Organisation oder, wie in eingeweihten Kreisen „Klebeorganisation" nannte. Es fanden militärische Uebungen unter sachmännischer Leitung statt und es bestand in der K. O. eine so bewundernswerte Disziplin, daß sich der alte Militarismus daran hätte ein Beispiel nehmen können. Die Zeugen haben, eingeschüchtert durch ihre zahlreichen Genossen, oder durch die Furcht vor einem Parteitribunal fast alle versagt. Es scheint, als ob eine unsichtbare Macht die Zeugen gelenkt hat. Die Aussagen der Kriminalbeamten aber erfahren eine Ergänzung durch das Schweigen des Falk, der ein äußerst gewitzter Mensch ist. **Sein Kassiber hat ihn verraten.** Ziegler ist als Mitglied der Kampforganisation anzusehen. Auch bezüglich der übrigen Angeklagten hielt Staatsanwalt Rammin den Beweis der Zugehörigkeit zur K. O. für erbracht.

Er beantragte gegen Ziegler eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, gegen Logé, Arnd, Conrad, Laudien **je sechs Monate Gefängnis.**

Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts wurde die Verhandlung **auf heute vormittag 9½ Uhr vertagt.**

WEISSE WOCHE

Heute Schlußtag

HERMANN TIETZ

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
2½ Uhr: Vorstellung d. Kloss. Theaters: Kabale und Liebe
7 U.: Käthchen von Heilbronn

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr:
Beaumarchais und Sonnenfels

Staatstheater.
Opernhaus
6 Uhr: Walküre
Schauspielhaus
7 Uhr:
Die Sterne

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
8 Uhr: Cäsar u. Kleopatra
Kammerspiele
7½ Uhr: Der pathetische Hut
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Zum 1. Male
Die Passion
(Außer Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.
Täglich ½8 Uhr:
Jekaterina Iwanowna
mit Lucie Höflich
Sig. nachm.: Rausch
Nächst. Mittwoch Neuinszeniert:
Der Vater
Drama von Aug. Strindberg
(Lucie Höflich, Ludwig Hartau, Friedr. Richard, Gustav Boß, Ernst Dernburg, Eva Brock, Rudolf Jünger)

Komödienhaus
½8 U.: Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg
Sig. nachm.: Herr Minister

Berliner Theater
½8: Die spanische Nachtigall
Operette von Leo Fall
mit Fritzi Massary
Hans Waßmann, Emmy Sturm, R. A. Roberts, Reinhold Pasch, Dina Engl.
Sig. nachm.: Der letzte Walzer

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Das Wundermittel
von Ludwig Fulda
(Käthe Haack, Jul. Falkenstein, Paul Morgan, E. v. Möllendorff, Julie Werckmeister, Alf. Haase)
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:
Kammermusik

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oscar Wilde
(Arnfeldt, Sandrock, Loelle, Kuroff, Falkenheim, Otto, Mamelok).
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:
Die Freundin

Kleines Theater Unter den Linden 44
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn
Sig. ½4 Uhr: Pfarrhauskomödie

Rose-Theater
7½ Uhr:
Johannisfeuer

Thalia-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Mascottchen

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Heute und Sonntag
7½ U.: Ein idealer Gatte
Montag 7½ Uhr: Flamme

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Hesterberg)

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht ...

½8 **Casino-Theater** ½8
Der Großfürst
Sig. 3½ U.: Eine fidele Ehe

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb.
Täglich 7.30 U.: Gala-Sänger

½8 Folies Caprice ½8
am Oranienburger Tor
Der Doppelgänger
Der schlaue Theophil
mit Ferd. Grünecker.

Theater a. Kottbuser Tor.
Kottbuser Straße 6-7.
Tägl. 7½, s. Sonntag nachm. 5 Uhr
Elite-Sänger
Zum Schluß „Der Kriegsgewinnler."
Nachm. halbe Pr.! Vorv. 11-1½ u. 4-6 a. d. Tageskasse u. Leisg Str. 51 (Spit. ekolonnade)

7½ **Apollotheater** 7½
Sensations-Ausstattungsschau
Madame Dubarry's
Liebesleben
mit der weltberühmten
Sahorot

Hasenheide 54.
Allabendlich 7½ Uhr
Der lustige Spitzbub

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
neben Residenz-Theater
Tägl. Gr. Ball
Für die ältere Jugend auch Sonntags

Neue Welt
ARNOLD SCHOLZ
Hasenheide 108—114
Sonnabend, d. 5. Februar 1921,
IV. Gr. Alpenball
Tanzkränzchen 5 Uhr / Anfang 8 Uhr
6 Kapellen / 20 bayr. Mahl

Säle für Versammlungen, 50—200 Personen Gute Verpflegung :: Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40/41 :: Norden 3315

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichstr. (Nr. 108) Norden 10621

Die Angestellten der

SCALA
LUTHERSTR. 22-24
DIE VARIETÉBÜHNE GROSS-BERLINS

streiken nicht!
Allabendlich 7³⁰
beginnen die Vorstellungen
Billigste Eintrittspreise!
Numerierte Sitzplätze von Mk. 3.— an
einschließlich Billettsteuer

Möbel auf Bar oder Kredit
zu den billigsten Preisen und leichtesten Bedingungen. — Liefere auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Spezial-Arzt Dr. Ehrlich für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Mannesschwäche, Syphilis-Nachweis in allen u. zweifelhaften Fällen durch Blutuntersuchung. Komb. Neu- u. Silber-Salvarsan-Kuren. Separates Damenzimmer.
Dir.: A. Lösersen. Im ältesten Kurs Institut „Löser" gegr.
Nur Rosenthalerstr. 69-70 9—1, 4—8. Sttg. 9—1. Rosenthaler Platz.

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spec. chron. Harnleid. u. Unreinheiten, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heilanst. „Löser", nahe Alexanderplatz. **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** 3-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Bandwurm
mit Kopf verloren!
„Seit 7 Jahren an Bandwurm leidend u. nun schon 6 Mittel erfolglos gebraucht, probierte ich jetzt Ihr Mittel u. habe nach 1½ Stunden den Bandwurm mit Kopf verloren." So wurden bereits Tausende d. Reichel's Bandwurmmittel Medico befreit! M. 10.— für Kinder M. 7.50 (Altersangabe) Otto Reichel, Berlin 45, SO, Eisenbahnstr. 4.

Geschlechts-
kranke fanden, wenn alles andere versagte, nachweisbar noch Hilfe im Naturo-Institut (ärztliche Leitung), Blücherplatz 3. (Hallesch. Tor) 10-1 4—8, Sonnt. 11—1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für M. 2.60. im verschloss. Umschlag ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Unentbehrlich
für
Arbeiter, Angestellte, Parteigenossen
U. S. P. D.
Taschenkalender
1921
Gut gebunden :: 4.— Mark
Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband
Filiale Berlin :: Sebastianstraße 37-38

Achtung! Achtung!

Herren-Konfektion!
Am Sonntag, den 6. Februar 1921, vormittags 10 Uhr in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10—11

Allgemeine Branchenversammlung
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Streik.
Referent: Kollege Ernst Fischer.

Teilnehmen haben alle in der Herrenkonfektion beschäftigten Schneider und Schneiderinnen, sowie Zuschneider und Zuschneiderinnen.
Kollegen und Kolleginnen, sorgt durch eifrige Agitation für einen guten Besuch! Die Kommission.

Achtung! Achtung!

Blusen- u. Kleiderkonfektion!
Am Sonntag, den 6. Februar 1921, vorm. 10½ Uhr in der Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242/247

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert; Neuaufnahmen können am Eingang des Saales erfolgen. Die Branchenleitung.

Urabstimmung und Wahl der engeren Verwaltung.

Die Urabstimmung über Moskau oder Amsterdam in Verbindung mit der Wahl der engeren Verwaltung findet am Sonnabend, den 5. Februar, nachmittags von 3—7 Uhr, und Sonntag, den 6. Februar, vormittags von 9—1 Uhr, durch Listenabgabe statt. Als Abstimmungsstellen kommen folgende Lokale in Betracht:

1. Dobrahlaw, Swinemünder Straße 11, Wahlleiter: Wieder.
2. Klimpel, Dunckerstraße 83, Wahlleiter: Jergang.
3. Gliesche, Kopenhagener Straße 74, Wahlleiter: Merretig.
4. Mecklenburg, Ramowstraße 6, Wahlleiter: Fuhrmann.
5. Seefeld, Schulstraße 11, Wahlleiter: Rosenberg.
6. Krüger, Putlitzstraße 10, Wahlleiter: Henze.
7. Wald, Pflugstraße 5, Wahlleiter: Bildhardt.
8. Wiemers, Bülowstraße 58, Wahlleiter: Osburg.
9. Schulz, Mariendorfer Straße 5, Wahlleiter: Raab.
10. Kutscher, Urbanstraße 63, Wahlleiter: Nolden.
11. Ehlers, Kottbuser Straße 19, Wahlleiter: Meersbach.
12. Lier, Naunynstraße 9, Wahlleiter: Lowack.
13. Bertsch, Wiener Straße 38, Wahlleiter: Kunz.
14. Mitz, Skalitzer Straße 60c, Wahlleiter: Wolff, Masch.-Arb.
15. Marcinkowski, Michaelkirchstraße 24, Wahlleiter: Rückert.
16. Merkmann, Koppenstraße 34, Wahlleiter: Wilms.
17. Huth, Warschauer Straße 61, Wahlleiter: Donat.
18. Greiß, Boxhagener Straße 114, Wahlleiter: Halbeck.
19. Rosenberg, Langenbeckstraße 1, Wahlleiter: Milke.
20. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 47, Wahlleiter: Schulz.
21. Mische, Wilhelm-Pieck-Straße, Ecke Berliner Allee, Wahlleiter: Kratzenstein.
22. Thunack, Charlottenburg, Wielandstr. 4, Wahlleiter: Bothe.
23. Henkel, Schöneberg, Meininger Straße 8, Wahlleiter: Frang.
24. Martin, Tempelhof, Berliner Straße 92, Wahlleiter: Reifeck.
25. Kriegel, Neukölln, Donaustraße 1, Ecke Reuterstraße, Wahlleiter: Tilinsky.
26. Pophal, Oberschöneweide, Wilhelminenhofstraße 18, Wahlleiter: Pusch.
27. Schmidt, Adlershof, Friedenstraße 14, Wahlleiter: Hannig.
28. Schellhase, Steglitz, Ahornstraße 16a, Wahlleiter: Godel.
29. Pilzecker, Blumenstraße 34, Wahlleiter: Hacke.
30. Greise, Rungestraße 30, Wahlleiter: Schneider, Jalousieard.
31. Jankowski, Friedenstraße 61, Wahlleiter: Rahn.
32. Klick, Werftstraße, Ecke Exerzierstraße (für Straßenbahn nur Urwahl), Wahlleiter: Meier.

Die verzeichneten Wahlleiter haben sofort die Lokale für die Wahl festzumachen, an den Wahltagen zeitig für die Wahl herzurichten und das Wahlmaterial vom 28. Januar bis 4. Februar im Bureau, Rungestraße 30, abzuholen. — Zur Abstempelung ist der Urwahlstempel gültig, gestempelt wird linker Rand Februar—März.

Nachstehende Vorschlagsliste wurde ordnungsmäßig eingereicht und zur Abstimmung zugelassen:

Für Amsterdam:
Vorschlagsliste der U. S. P. D.

1. Bevollmächtigter	Freigang, Tischler
2. „	Boese, „
1. Kassierer	Mieke, „
2. „	Paschehr, Stellmacher
Obmann d. Schlichtungsk.	Picht, „
1. Schriftführer	Grothe, Musikinstrum.-Arb.
2. „	Stahmann, Bildhauer
1. Beisitzer	Tabert, Stockarbeiter
2. „	Krümke, Tischler
3. „	Werner, „
4. „	Hansen, „
Obmann der Revisoren	Lehmann, „
Sekretär der Verwaltung	Fr. Horn, „

Abkürzung für die Urne bei der Stimmenabgabe:
Für Amsterdam:
U. S. P. D.
Freigang—Boese.

Der Fraktionsvorstand der U. S. P. D.
Verwaltungsmitglieder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Härter
Albert Fromann
am 1. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 5. Febr. 1921, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofes in der Hermannstraße, Neukölln, statt.

Der Arbeiter
Willi Seifert
am 1. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. Febr. 1921, nachmittags, 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Buch (Anstalt) aus statt.

Der Schlosser
Paul Neroch
am 2. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Montag, den 7. Februar 1921, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Stensdorfer SW.-Kirchhofes, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind.

Der Werkzeugmacher
Franz Schalk
am 21. d. Mts.
Der Werkzeugmacher
Max Marschner
am 28. d. Mts.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 6. Februar 1921, vormittags 9 Uhr
Branchenversammlung
der Maschinen-, Auto- und Motorenschlosser
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchekommission. 3. Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 6. Februar 1921, vormittags 9½ Uhr
Versammlung
der Kesselschmiede und Helfer sowie der dazu gehörenden Berufe
in „Schulz' Prachtsälen", Königsgraben 2, am Alexanderplatz
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Wahl von drei Kommissionsmitgliedern. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 6. Februar 1921, vormittags 10 Uhr
Versammlung
der Hammer- und Pressenführer
in Böttcers Festsälen, Weberstraße 17.
Tagesordnung:
Wie stellen sich die Kollegen zu einer Änderung ihrer Entlohnung.

Sonntag, den 6. Februar 1921, vormittags 9½ Uhr
Versammlung
aller in der Eisenmöbel-, Schwarzblech- und Möbelschloßbranche Beschäftigten
im „Englischen Garten", Alexanderplatz 7/8.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenleitung. 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Botenfrauen
für Herfurthstraße stellt ein
Spedition Krüger, Neukölln, Emser Straße 32

Gute Einsegnungs-Anzüge liefert preiswert

SCHULMEISTER

M. Schulmeister, Herren- und Knaben-Konfektionshaus, Dresdener Straße 4, Kottbuser Tor.

Groß-Berlin

Wo bleibt die Bestätigung für Wilhelm Paulsen?

Mitten in der Wahlagitation für den Landtag mitten in der allgemeinen Bestürzung über die Pariser Forderungen droht eine der wichtigsten inneren Fragen Groß-Berlins so ganz langsam in der Versenkung zu verschwinden, die Frage nach der Bestätigung unseres neuen Oberstadtschulrats Wilhelm Paulsen aus Hamburg.

Gesinnungsgenossen aller Parteigruppen, wenn irgendwann, so solltet Ihr jetzt Eure Solidarität unverzüglich beweisen. Die Regierung ist drauf und dran, durch eine Verzögerungstaktik die Bestätigung für Paulsen hinauszuschieben. Man hofft nach dem 20. Februar ohne viel Umstände über den Vertrauensmann der Berliner Arbeiter zur Tagesordnung übergehen zu können. Auf dem Rathause schon begann offenbar die hämische Sabotage. Man hat sich nicht einmal um die Beschaffung der Personalien Eures Oberschulrats gekümmert! — Bedenkt, Genossen, daß der viel später gewählte Oberbürgermeister Boeß längst bestätigt ist! Ueber Paulsen schweigt man sich seit Wochen aus! So tritt man den Kulturwillen des Proletariats mit Füßen.

Von der bürgerlichen Seite regnet es Proteste über Proteste gegen Paulsens Wahl. Jede kleine Gruppe von kirchlichen oder politischen Gegnern setzt sich am Stammtisch zusammen und verfaßt die bekannten, mit triefendem Pathos vorgetragenen Einwände. Inzwischen seid Ihr hübsch abgelenkt auf Wahlgefechte und internationale Sorgen und seht tatenlos zu, wie man Euch einen hohen Trumpf aus der Hand spielt! Wacht auf, Proletarier!

Wie ging es bei Löwenstein?

128 geharnischte Proteste zählten damals gegen 13 proletarische Zustimmungen! Eltern, Lehrer, Jugendgenossen, Parteivorstände! Die Stunde ist kostbar! Tut Euch sofort zusammen und geht Eurer Meinung Ausdruck!

Die Berliner Arbeiter haben den bedeutendsten Vertreter des modernen Schulgedankens berufen. Paulsen soll für Eure Kinder den ersten Grundstein legen für eine bahnbrechende Arbeit an unserem Schulwesen. In Eurem Herzen glüht der tiefe Wille zu einer jungen proletarischen Lebenskultur, die über das veraltete Theater des Schulehaltens hinaus aus unserer jugendlichen Generation hervorwachsen soll. Es wäre ein schwerwiegender schulpolitischer Fehler, wenn Ihr Euch jetzt wieder an die Wand drücken ließet. Aus dem Proletariat werden die neuen Lebensformen heraufsteigen, vor allem die neue Schule! Gelingt es den Gegnern jetzt, Paulsen abzusägen, so haben wir noch auf Jahre hinaus die öden und hohlen Bildungsgewohnheiten des 19. Jahrhunderts zu ertragen. Ihr seht den vernichtenden Rückgang rings um Euch! Ihr seht das erfolgreiche Bemühen der Bürgerlichen, ein Neues aus Eurem Geiste nicht aufkommen zu lassen. Seit Jahrzehnten hat man Euch um Eure Schulhoffnungen betrogen. Auf Jahrzehnte hinaus will man jede Regung eines neuzeitlichen Geistes aus der Schule verbannen. An Euch, Genossen und Genossinnen, ist es, kurz und bündig den Massenwillen des Proletariats kundzutun.

Die freie Lehrergewerkschaft, Ortsgruppe Berlin.

Der Potsdamer Mord aufgeklärt

Das Kapitalverbrechen an der 58 Jahre alten Heilgehilfin Beck in Potsdam hat eine sehr schnelle Aufklärung gefunden. Der Mörder ist der 24 Jahre alte ledige Schlosser und Schmied Hermann Grahl aus Potsdam, der bei seinen Eltern wohnte. Wie er angibt, hat er mit der Heilgehilfin über die Verlegung eines Apparates gesprochen, und sich bereit erklärt, diesen zu verlegen. Es habe jedoch noch ein Stück Rohr gefehlt, das er dazu gebraucht hätte. Dieses wollte ihm ein Freund besorgen und deshalb hatte er dem Fräulein Beck gesagt, daß er am Mittwoch mittag gegen 1 Uhr kommen werde. Der Freund habe ihn jedoch mit dem Rohr im Stich gelassen und er habe nun Fräulein Beck besuchen wollen, um ihr zu sagen, daß er die Arbeit noch nicht ausführen könne. Vor der Tür aber wollte er wieder umkehren. Fräulein Beck, das zum Fenster hinaussah und ihn unten unschlüssig stehen sah, rief ihn an und fragte ihn, ob er jetzt das Material mitgebracht habe. Als er dies verneinte, sagte sie ihm, daß er doch einmal heraufkommen solle. Er sei dann auch in die Wohnung gegangen, um nochmals genaue Maß zu nehmen. Als er dann neben der Heilgehilfin gekniet habe, sei er plötzlich von einem Sinnestaumel befallen worden. Er habe sich auf sein Opfer gestürzt, es zu Boden geworfen und mit beiden Händen seinen Hals umklammert. Dann habe er sein Taschentuch aus der äußeren Manteltasche gezogen und es der am Boden liegenden um den Hals geschlungen. Frl. Beck habe bald die Besinnung verloren und habe regungslos dagelegen. Er habe dann das Taschentuch zusammengeknotet und an der Tat selbst eine sinnliche Befriedigung gefunden. Nachdem die Ernüchterung eingetreten sei und er gesehen habe, was er angerichtet, habe er aus dem Schubfach des Schreibsekretärs einige hundert Mark und andere umherliegende Gegenstände an sich genommen und dann sofort die Wohnung verlassen. Nach der Darstellung des Verhafteten handelt es sich also um ein sadistisches Verbrechen. Einen Mittäter oder Schmiereststeher will Grahl nicht gehabt haben.

Verbot der Ueberschreitung des Kleinhandelszuschlags für Kartoffeln

Laut Beschluß des Fachausschusses der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin ist der Kleinhandelszuschlag für sogenannte freie Kartoffeln ab 10. Januar 1921 auf 4,50 Mark pro Zentner festgesetzt worden. Die Revision der hiesigen Gemüsegeschäfte hat jedoch ergeben, daß die Kleinhändler diese Verdienstspanne fast durchweg erheblich überschreiten. Es wird daher darauf hingewiesen, daß bei Feststellung weiterer Ueberschreitungen des

Flugblattverbreitung

in

›Groß-Berlin‹

Sonntag vormittag 9 Uhr

von den bekannten Stellen aus!

zugebilligten Kleinhandelszuschlages gegen die betreffenden Kleinhändler auf Grund der Preistreiberei-Verordnung vom 8. Mai 1918 und der Verordnung, betreffend die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915, unnachsichtlich vorgegangen wird. Den Kleinhändlern wird daher im eigensten Interesse empfohlen, beim Ankauf freier Kartoffeln stets vom Großhändler eine Rechnung zu fordern, um jederzeit Herkunft und Einkaufspreis der Kartoffeln einwandfrei nachweisen zu können.

Bezirksorganisation Berlin Stadt. Die Distrikte werden ersucht, heute im Laufe des Tages die Mitteilungsblätter und anders wichtige Material vom Bureau, Breite Str. 8/9, Hof rechts, 1. Aufgang 1 Treppe, abzuholen. Die Geschäftsleitung.

Anmeldung zum Fleischbezug. Wer für die Zeit vom 14. Februar bis 13. März 1921 städtische Fleischwaren beziehen will, muß sich in der Zeit vom 5. bis 10. Februar 1921 bei einem der zugelassenen Fleischverkäufer, deren Geschäfte durch die bekannten Magistratsplakate kenntlich gemacht sind, unter Vorlegung der Lebensmittelkarte mit den Abschnitten 87—90 anmelden.

Brikettpreiserhöhung. Infolge Preiserhöhungen der Produktion für Braunkohlenbriketts sind die Braunkohlenpreise für die Stadtgemeinde Berlin um 90 Pfg. bei Selbstabholung ab Lager auf 15,10 M. je Zentner, bei Lieferung frei Erdgeschoß oder Keller auf 16,10 M. je Zentner mit Wirkung vom 3. Februar ab erhöht worden. Die Braunkohlenpreise für die bisher dem Kohlenverband angeschlossenen Orte der Landkreise Teltow und Niederbarnim erhöhen sich ebenfalls um 90 Pf. pro Zentner.

Eintragungen in die kommunale Kohlenkundenliste des Wirtschaftsamtes Reinickendorf werden an jedem Tage bis einschl. den 10. d. Mts. in allen amtlichen Kleinverkaufsstellen der Gemeinde Berlin-Reinickendorf gegen Vorlegung der Kohlenkarten entgegengenommen. Die durch die politischen Funktionäre zur Eintragung in die kommunalen Kundenlisten Verpflichteten werden gebeten, auch in den genannten Verkaufsstellen ihre Eintragung in die kommunale Kundenliste gegen Vorlegung ihrer Kohlenkarte zu bewirken.

Ein durchgehendes Pferd raste gestern mit einem beladenen Schlächterwagen der Firma Riedel-Neukölln die Thaerstraße entlang. Der Wagen schleuderte derart, daß der Kutscher vom Bock stürzte und besinnungslos auf dem Straßenpflaster liegen blieb. Ein Passant, der den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde überfahren und ebenfalls schwer verletzt. Beide fanden im Krankenhause Am Friedrichshain Aufnahme. Einem Feuerwehrmann gelang es, den Ausreißer aufzuhalten.

Das leidige Abspringen von der Elektrischen hat wieder zu einem schweren Unfall geführt. Das Dienstmädchen Anni Behnke sprang gestern in der Straße Alt-Moabit von einem Straßenbahnwagen der Linie L, kam zu Fall und mußte mit einer schweren Gehirnerschütterung im bewußtlosen Zustande nach dem Krankenhause Moabit geschafft werden.

Lebensmüde. Die 27 Jahre alte Russin Iwanowa P. schnitt sich in ihrer Wohnung in der Heimstraße die Pulsadern am linken Handgelenk auf. Angehörige fanden sie noch so rechtzeitig auf, daß ein Arzt sie zu retten vermochte. — Der 52jährige Schlosser Kaspar H. erhängte sich auf dem Boden seines Wohnhauses in der Hochmeisterstraße.

Gasvergiftung eines Liebespaares. Der Postbeamte Kurt Sch. und die Kontoristin Lilly L. wurden in der Wohnung des ersteren in der Krummestraße besinnungslos aufgefunden. Das Zimmer war mit Leuchtgas angefüllt. Beide konnten ins Leben zurückgerufen werden. Ob ein Selbstmordversuch oder ein Unglücksfall vorliegt, bedarf noch der Aufklärung.

Sprechstunde für Elternbeiräte jeden Montag 6—8 Uhr, „Freiheit“-Bibliothek, Breitestraße 8-9, H. pt. I.

Schüler der 5. und 6. Fortbildungsschule. Sonnabend, den 5. Februar, abends 7 Uhr, Versammlung aller Schüler in der Schule (Aula) Petersburger Straße 4. Tagesordnung: „Maßregelung von Schülerräten“.

Tumultgeschädigte. Montag, den 7. Februar, abends 7 Uhr, in Böckers Festsälen, Weberstr. 17, öffentliche Versammlung der Tumult-Geschädigten und Geschädigten für Groß-Berlin. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und freie Aussprache. 2. Bericht über die Stadtverordnetenversammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen. Heute, Sonnabend, findet im Knesebeck-Palast, Neukölln, Knesebeckstraße 48, die nächste Vorführung des recht beifällig aufgenommenen Films „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen“ mit ärztlichem Begleitvortrag statt. Bei der unendlich großen Bedeutung, die der Bekämpfung der verheerenden Seuche beigemessen werden muß, kann ein Besuch dieser belehrenden Vorstellung nur jedermann empfohlen werden.

Jugendbewegung

An die Ortsgruppen der SPD.

In allen Ortsgruppen muß mit allen Mitteln die Agitation betrieben werden. Die Reinigung ist die erste Aufgabe. Alle auf dem Programm anderer Jugendorganisationen stehenden Mitglieder müssen ohne Rücksicht auf die Person ausgeschlossen werden. Die Stärke der Bewegung liegt in der inneren Geschlossenheit.

Die Veranstaltungen aller Ortsgruppen müssen in Zukunft pünktlich in den uns zur Verfügung stehenden Organen veröffentlicht werden. Bekanntmachungen in der „Freiheit“ erscheinen nur dann, wenn sie durch die Zentrale geleitet werden. Bis Freitag, abends 7 Uhr muß das Wochenprogramm der nächsten Woche im Sekretariat abgegeben sein, soll es noch aufgenommen werden.

Bis Freitag, den 11. d. M. muß jede Ortsgruppe dem Jugendsekretariat mitteilen:

1. Namen und Adressen der Vorsitzenden, Kassierer, Spediteure; 2. Regelmäßiges Versammlungslokal und Tage der Zusammenkünfte; 3. Mitgliederzahl (männliche und weibliche); 4. Besonderes (ob eigenes Heim, evtl. von wem zur Verfügung gestellt, ob eigene Bibliothek usw.); 5. Genaue Aufstellung über die zu zahlende Lokalmiete und Lichtgeld pro Abend und Monat.

Referenten sind spätestens 14 Tage vor dem benötigten Zeitpunkt vom Sekretariat zu verlangen. — Von allen Vorkommnissen, auch den scheinbar unwesentlichen, besonders der Agitation anderer Richtungen innerhalb und außerhalb der Ortsgruppen, muß der Zentrale sofort berichtet werden; wie überhaupt eine rege Verbindung zur Zentrale bestehen muß.

Die provis. Geschäftsleitung. J. A.: W. Skala
Hermann Schleimann.

Carmen

Novelle von Prosper Mérimée

Uebertragen von Franz Schnabel

(13. Fortsetzung.)

Der Einäugige sagte:

„Ich auch; man kennt mich dort; denn ich habe dort den Engländern so viele Streiche gespielt! Und da ich nur ein Auge habe, so kann ich mich nur schwer unkenntlich machen.“

„Dann muß ich wohl gehen,“ sagte ich meinerseits, erfreut schon bei dem Gedanken, Carmen wiederzusehen. „Was muß ich tun?“

Die anderen erklärten mir:

„Du brauchst dich nur in St. Roc einzuschiffen, oder du kannst auch zu Lande über diese Stadt reisen, wie es dir lieber ist; und wenn du in Gibraltar bist, so frage am Hafen, wo die Schokoladenhändlerin Rollona wohnt; hast du sie gefunden, so kannst du von ihr erfahren, was dort vorgeht.“

Wir kamen überein, alle drei nach der Sierra Gaucin aufzubrechen; dort sollte ich meine zwei Gefährten zurücklassen und, als Fruchthändler verkleidet, nach Gibraltar mich begeben. In Ronda hatte mir ein Mensch, der zu uns hielt, einen Paß besorgt; in Gaucin erhielt ich einen Esel, den ich mit Orangen und Melonen belud; so machte ich mich auf den Weg. Als ich in Gibraltar angekommen war, fand ich, daß die Rollona eine hier wohlbekannte Person war; aber sie war entweder gestorben oder auf die Galeeren gekommen, und ihr Verschwinden erklärte es meiner Ansicht nach, wie wir mit Carmen außer Beziehung hatten kommen können. Ich stellte meinen Esel in einem Stalle ein und ging mit meinen Orangen durch die Stadt, als wollte ich sie verkaufen, in Wirklichkeit aber, um zu sehen, ob ich nicht irgendeiner bekannten Gestalt begegne. Hier strömt eine Menge Gesindel aus aller Herren Ländern zusammen; es ist wie der babylonische Turm, denn man kann in einer Straße keine zehn Schritte machen, ohne ebenso viele Sprachen zu hören. Ich sah sehr viel Zigeuner, aber ich wagte nicht, mich ihnen anzuvertrauen; ich suchte sie auszuhorchen und sie mich. Wir ahnten wohl gegenseitig, daß wir Spitzbuben waren, aber die Hauptsache war, ob wir zu derselben Bande gehörten. Nach zwei Tagen vergeblichen Suchens hatte ich weder über Rollona noch über Carmen irgendetwas vernommen, und ich dachte schon daran, nach Erledigung einiger Einkäufe zu meinen Kameraden zurückzukehren, als ich, bei Sonnenuntergang in den Straßen spazierengehend, plötzlich aus einem Fenster eine Frauenstimme rufen höre: „Orangenhändler!“ ... Ich hebe den Kopf und sehe Carmen auf einem Balkone, wie sie sich mit dem Arme auf einen Offizier stützt, der in roter Uniform, mit goldenen Epauletten und feingekräuseltem Haare dastand und seinem Aeußeren nach ein angesehener Lord sein mußte. Sie selbst war üppig gekleidet: sie hatte einen Schal um die Schultern, einen goldenen Kamm im Haar und war völlig in Seide; und die Hexe — immer dieselbe! — lachte, daß sie sich die Seiten halten mußte. Der Engländer, der nur gebrochen Spanisch sprach, rief mir zu, ich solle heraufkommen, die gnädige Frau wolle Orangen kaufen, und Carmen sagte zu mir auf baskisch: „Komm herauf und wundere dich über nichts.“

Ueber nichts mehr, in der Tat, durfte ich mich bei ihr wundern. Ich weiß nicht, ob ich mehr Freude oder mehr Trauer empfunden habe, als ich sie wiederfand. An der Türe stand ein großer, gepuderter, englischer Diener, der mich in einen prächtigen Saal führte. Carmen sagte mir sofort auf baskisch:

„Du verstehst kein Wort Spanisch, du kennst mich nicht.“

Dann wandte sie sich zu dem Engländer mit den Worten:

„Ich sagte es Ihnen ja, ich habe ihn sofort als Basken erkannt. Sie sollen hören, welch drollige Sprache! Wie dumm er aussieht, nicht wahr? Wie eine Katze, die im Küchenschrank ertappt wird!“

„Und du,“ sagte ich zu ihr in meiner Mundart, „du siehst aus wie eine freche Dirne, und ich hätte gute Lust, dir vor deinem Galan das Gesicht zu zerfetzen.“

„Mein Galan!“ sagte sie, „siehe, das hast du da wieder ganz allein ausgebracht und bist nun eifersüchtig auf diesen Einfaltspinsel. Du bist noch alberner als vor jenen Abenden in der Candilejo-Straße. Siehst du denn nicht, Dummkopf, der du bist, daß ich in diesem Augenblick ägyptische Geschäfte betreibe, und zwar auf die glänzendste Art. Dieses Haus da gehört schon mir, und die Guineen dieses Krebses werde ich bekommen; ich führe ihn an der Nase herum und werde ihn dahin führen, von wo er nie mehr zurückkommen wird.“

„Und ich,“ sagte ich zu ihr, „ich werde, wenn du nochmals die ägyptischen Dinge auf diese Weise betreibst, dafür sorgen, daß du nicht wieder damit beginnst.“

„Ei, siehe da! Bist du denn mein Rom, daß du mir befehlen willst? Dem Einäugigen ist es recht, was hast du dich da hineinzumischen? Kannst du nicht sehr damit zufrieden sein, als einziger dich mein Geliebter nennen zu können?“

„Was sagt er?“ fragte der Engländer.

„Er sagt, er habe Durst und möchte gerne einen Schluck trinken,“ antwortete Carmen.

Und sie warf sich auf ein Sofa und fing über ihre Uebersetzung zu lachen an.

Sehen Sie, wenn dieses Mädchen zu lachen anfing, dann konnte man kein vernünftiges Wort mehr reden. Jedermann mußte mitlachen. Der große Engländer fing auch zu lachen an, wie ein Schafskopf, der er auch war, und befahl, man solle mir zu trinken geben.

Während ich trank, sagte sie:

„Siehst du diesen Ring an seinem Finger? Wenn du ihn willst, sollst du ihn haben.“

Ich antwortete:

„Ich würde einen Finger darum geben, wenn ich deinen Milord in den Bergen hätte, jeder von uns eine Maquila in der Faust.“

„Maquila, was heißt das?“ fragte der Engländer.

„Maquila,“ sagte Carmen, beständig lachend, „ist eine Orange. Nicht wahr, das ist ein sehr drolliges Wort für eine Orange. Er will sagen, daß er Ihnen gerne eine Maquila zu kosten geben möchte.“

„Ja?“ sagte der Engländer; „nun so bringe morgen wieder Maquila.“

Während unseres Gespräches kam der Diener und meldete, daß das Essen bereit sei. Nun erhob sich der Engländer, gab mir einen Piaster und bot Carmen den Arm, gleich als ob sie nicht allein hätte gehen können. Carmen sagte zu mir, beständig lachend:

„Mein Junge, ich kann dich nicht einladen mitzuessen; aber sobald du morgen die Trommel zur Parade schlagen hörst, dann komm mit deinen Orangen hierher. Du sollst ein Zimmer finden, das noch besser eingerichtet ist als in der Candilejo-Straße, und sollst sehen, daß ich immer deine Carmencita bin. Und dann wollen wir von den ägyptischen Angelegenheiten reden.“

Ich antwortete nichts und war schon auf der Straße, als der Engländer mir zurief:

„Bring morgen Maquila!“ und ich vernahm das Lachen Carmens.

(Fortsetzung folgt.)

Das Ausnahmegericht gegen die Arbeiter

Der Erlaß Eberts vom 30. Mai 1920 ordnete die Bildung von Ausnahmegerichten an. Diese Gerichte sollten dem Sinne und der Sache nach dazu bestimmt sein, **die Bildung von bewaffneten Banden, wie sie nach dem Kapp-Putsch von den verschiedensten Freikorpsführern vorgenommen wurde, zu verhindern.** Bisher haben aber die Gerichte auch nicht in einem einzigen Fall Veranlassung gefunden, gegen die verschiedenen militärischen Organisationen der Konterrevolution vorzugehen. Einwohnerwehren, Orgesch und Selbstschutzverbände bestehen nach wie vor weiter, legen Waffenlager an, rüsten ganz offen für die Wiederherstellung der Monarchie. Niemand stört sie bei dieser Arbeit. Hingegen wurde aber der Erlaß Eberts wiederholt gegen Arbeiter angewendet; in Berlin zum ersten Mal in dem sogenannten Weißenseer Kommunistenprozeß, der jetzt eben wieder ein Nachspiel in den Gerichtssälen hat, dann weiter noch in Anhalt und Cassel. Den Reaktionären aber geschieht nichts.

Das tollste Stück hat sich jetzt dieses Ausnahmegericht damit geleistet, daß es den Redakteur der „Roten Fahne" Bruno Schäffer, wegen eines Artikels vom 21. Oktober 1918, betitelt „Das Wehrgesetz", unter Anklage stellte. Der Angeklagte sollte gegen den Erlaß Eberts verstoßen haben, weil in dem Artikel Propaganda für die Wiedereinführung von Soldatenräten gemacht und zum „gemeinsamen Widerstand gegen Anordnungen und Befehle der vorgesetzten Behörde aufgefordert worden" sei. Der Anklagevertreter behauptete, das Offizierkorps bilde die Korsettstangen des Heeres, die Mannschaften hätten sich einzufügen, und wenn zwischen beiden ein Mißtrauensverhältnis hervorgerufen werde, so habe das Heer seinen Zweck verfehlt. Soldatenräte seien im Anfang vielleicht ganz nützlich gewesen; **sie hätten sich später jedoch als schädlich erwiesen.** Wer einmal die Macht habe, sei auch verpflichtet, diese Macht zu wahren, sie mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Der Staatsanwalt wagte es dann, sogar mit der Zuchthausstrafe zu spielen, lenkte aber ein und beantragte schließlich **ein Jahr Gefängnis!**

Rechtsanwalt Paul Levi wies in seiner Verteidigungsrede die Haltlosigkeit der Anklage nach. Sie sei nicht bloß juristisch leichtfertig, **sondern auch eine bewußte politische Handlung.** Der Staatsanwalt habe den Kampf gegen die Arbeiter aufgenommen, nicht unter Anwendung, sondern unter Mißbrauch der Verordnung.

Das Gericht verkündete nach längerer Beratung den Freispruch des Angeklagten. Es stellte fest, daß die Verordnung des Reichspräsidenten eine Bestrafung lediglich in den Fällen vorsieht, wenn zum Widerstand gegen konkrete Anordnungen mit vereinten Kräften oder zum gemeinsamen Widerstand aufgereizt werde. Diese Aufreizung sei in dem unter Anklage stehenden Artikel nicht enthalten und auch die Aufforderung zur Bildung von Soldatenräten sei nicht strafbar, denn die Soldatenräte seien nicht verboten, sondern stillschweigend fallen gelassen worden.

Der Ausgang dieses Prozesses endete also mit einer Blamage für den Staatsanwalt. Daß aber ein derartiger Prozeß überhaupt stattfinden konnte, zeigt wieder einmal recht deutlich, daß die Justiz sich heute in erster Linie berufen fühlt, die gegebenen Gesetze nur gegen Arbeiter anzuwenden. Wir haben das Entwaffnungsgesetz, sind verpflichtet, das Abkommen von Spa und den Friedensvertrag einzuhalten. Was geschieht? Bayern weigert sich, die Orgesch und die Einwohnerwehren aufzulösen. **In der deutschnationalen Presse werden die geheimen militärischen Verbände täglich in schreienden Lettern aufgefordert, sich fester zusammenzuschließen, ihre Waffen nicht abzuliefern, sondern noch mehr aufzuhäufen.** Auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Hannover erklärte der Führer der Partei, Abgeordneter Hergt — und neben ihm noch eine ganze Reihe weiterer Redner: Wir lassen uns unsere Einwohnerwehren, unsere Orgesch nicht nehmen! **Wir rüsten weiter!** Also eine ganz bewußte Aufforderung, die Gesetze nicht einzuhalten, sie zu brechen. Gegen diese bewußten Gesetzesverächter, deren Politik in erster Linie dazu beigetragen hat, daß die außenpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands sich immer mehr verschärfen, schreitet kein Staatsanwalt ein. Wohl aber ist die Justiz bemüht, aus den harmlosesten Artikeln der Arbeiterpresse die Stricke zu drehen, um möglichst viele Schächer ans Kreuz zu schlagen.

Produktive Erwerbslosenfürsorge

Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag u. a. mit dem Ergänzungsetat des Reichsarbeitsministeriums. Abg. Hoch (Soz.) begrüßt, daß die Gelder der produktiven Erwerbslosenfürsorge auch zur Ausbesserung von Wohnungen verwendet werden sollen. Wo ungenügendes Entgegenkommen einzelner Unternehmerverbände die zweckmäßigste Verwendung vereitelt, müssen diese Verbände ausgeschaltet werden. Blunck (Dem.) setzte sich für die „notleidenden" Agrarier ein. Abg. Dr. Wiedeck (D.N.) schließt sich ihm an. — Abg. Höllein (Kom.) fordert ein energisches Eingreifen der Reichsregierung gegen die Unternehmer-Organisationen, die der produktiven Erwerbslosen-Fürsorge Widerstand leisten. Ministerialrat Dr. Weigert (Reichsarbeitsministerium): In dem Aufwand von einer Milliarde an Reichsmitteln für die Erwerbslosenfürsorge stecken 600 Millionen für die unterstützende und 400 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Für Wohnungsumbauten und -reparaturen sind zunächst in Groß-Berlin 9 Millionen Mk. aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt worden; das gleiche soll auch für andere Bezirke mit großer Erwerbslosigkeit geschehen. **In Groß-Berlin sind diese Mittel bisher nicht so stark in Anspruch genommen, wie wir es gewünscht hätten.** Das liegt zum Teil daran, daß Vermieter und Mieter zu dem Rest der Kosten herangezogen werden müssen und sich vielfach nur schwer dazu bereitfinden. **Daneben zeigen aber auch die Arbeitgeber aus unbekannten Gründen eine befremdliche Zurückhaltung.** — Der Hauptausschuß bewilligt hierauf eine Milliarde Mk. für unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge. — Angenommen wurde ferner ein allseitig unterstützter Antrag, **zur Förderung des Wohnungsbaues an die Länder Vorschüsse in der Höhe von eineinhalb Milliarden Mk. zu geben.**

Die Waisenknaben

Die Betriebsräte im Aufsichtsrat

Nach Vorbesprechungen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ist der im Reichsarbeitsministerium gefertigte Entwurf des Ausführungsgesetzes zu § 70 des Betriebsräte-Gesetzes betr. **Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat** fertiggestellt und nach Verabschiedung durch das Reichskabinett dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden. Der Gesetzentwurf sieht die Entsendung von ein bis zwei Betriebsratmitgliedern in die Aufsichtsräte der Aktien- und Aktien-Kommanditgesellschaften, der Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und der Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht vor. Die entsandten Mitglieder sollen nach dem Entwurfe, abgesehen von dem in § 70 BRG. vorgeschriebenen Ausschluß von dem Tantièmenbezug, die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Aufsichtsratmitglieder haben. Ob 1 oder 2 Mitglieder entsandt werden, bemißt der Entwurf nach der Zahl der sonstigen Aufsichtsratmitglieder.

Die Unternehmer werden diese Konzessionsschulzen gern bewilligen und das Gesetz danach als ein großes Zugeständnis und ein Zeugnis ihrer fortschrittlichen Gesinnung feiern, denn diese, im Rahmen dieses völlig unzulänglichen Gesetzes arbeitenden Betriebsräte bilden im Aufsichtsrat keine Gefahr. Die Stärke eines Betriebsrates liegt nicht an einer oder zwei Stimmen in einem Aufsichtsrat, sondern in den Befugnissen, die der Gesamtbetriebsrat hat. Davon empfängt er seine Geltung, die wenn sie bedeutender wäre, allerdings auch die Stellung des Vertreters im Aufsichtsrat stärken könnte.

Aus der monarchistischen Destille

Ueber einen bezeichnenden Zwischenfall bei einem Kriegervereinsfest in Neukirch (Schlesien) weiß die „Breslauer Volkszeitung" zu berichten. Nach einer Festrede stimmte der Verein das Lied: „Ich hab mich ergeben . . ." an. Das brachte den anwesenden Freiherrn Herbert v. Zedlitz-Neukirch in große Aufregung und protestierend rief er nach dem Absingen der ersten Strophe: „Ich bin fünf Jahre im Schützengraben gewesen und habe mich nicht ergeben. Es wäre besser, daß diejenigen, die das Lied veranlaßt haben, erschossen worden wären. . . Die das Lied gesungen haben, sind Schweine und verdienen am Kriegerdenkmal aufgehangen zu werden."

Dieser Protest rief auch den anwesenden Dr. von Koß auf den Plan. Er forderte den Vereinsvorsitzenden auf Pistolen und bezeichnete diesen, als er die Forderung zurüwies, als „Schwein". Den Protest des Freiherrn von Zedlitz verdeutlichte er dahin, daß dieser damit sagen wollte: **„Ich habe mich nicht der neuen Schweineregierung ergeben,** denn das deutsche Volk ist ja gar kein Volk mehr, sondern eine Rasselbande."

Man sieht, sehr vornehm ist der von den adligen Herrschaften beliebte Ton nicht. Im übrigen fühlen sich die Herrschaften unter der „Schweineregierung" gar nicht unwohl, besonders wenn sie einen gutbesoldeten Posten bei der Reichswehr oder dergl. bekleiden können.

Aus der Internationale

Die sozialistische Föderation des Oberrheins hatte kürzlich in Mülhausen ihren Kongreß abgehalten. Aus den Berichten ergab sich, daß vier Fünftel der Mitgliedschaften bei der alten Partei verblieben sind. Das ist um so bedeutungsvoller, als sich auf dem Kongreß von Tours Befürworter und Gegner des Anschlusses an Moskau ungefähr die Wage hielten. Fast alle sozialistischen Kreis- und Gemeindevertreter haben sich für die alte Partei erklärt. So ist von den 18 sozialistischen Gemeindevertretern in Mühlhausen nur ein einziger zur Neuen Kommunistischen Partei desertiert, während die 12 Stadtverordnete umfassende sozialistische Gemeindefraktion in Colmar geschlossen in der alten Partei geblieben ist. Ebenso solidarisieren sich fast alle Gemeindevertreter von Markirch, Sankt Kreuz, Gebweiler, Sulz und anderer Orte mit verschwindenden Ausnahmen mit der alten Partei.

Lille lehnt Moskau ab

Bei einem in der sozialistischen Sektion von Lille vorgenommenen Referendum haben sich von 1653 Mitgliedern nur 61 für den Anschluß an Moskau ausgesprochen. Der alten französischen sozialistischen Partei bleiben also 1592 Mitglieder erhalten. Ebenso ergaben auch alle sonst in Frankreich vorgenommenen Abstimmungen erhebliche Verluste für die neuen Kommunisten. So sind in der Marne-Föderation nur noch 487 gegenüber 608 Stimmen anläßlich des Kongresses von Tours abgegeben worden. Da die Partei vor dem Kongreß in Tours dort über 1100 Mitglieder besaß, so sind die Kommunisten auch in diesem Bezirk in die Minderheit gelangt.

Zur Abstimmung in Livorno

Aus den vorliegenden Abstimmungsergebnissen in Livorno geht hervor, daß sich alle Industriegebiete mit großer Mehrheit gegen die Kommunisten ausgesprochen haben. So erhielten in Mailand die Kommunisten von 9476 abgegebenen Stimmen insge-

Kriegsbeschädigtenfürsorge und Mittelstandssorgen!

Vertagung des Reichstages

Der Reichstag hielt gestern seine letzte Sitzung vor der Vertagung bis zum 23. Februar ab. Nach der Erledigung kleiner Anfragen begann die Beratung des interfraktionellen Antrages über die Erhöhung des Teuerungszuschlages für Kriegsbeschädigte. Rechtssozialisten und bürgerliche Parteien hatten sich auf den völlig ungenügenden Satz von 10 Prozent geeinigt, während die Unabhängige Sozialdemokratie die Erhöhung der Teuerungszuschläge um 25 Prozent beantragt hatte. Da ein solcher Antrag von den Rechtssozialisten im Ausschuß selber gestellt war, war ihnen begreiflicherweise die Erörterung darüber im Plenum wenig angenehm.

Mit Recht forderte der Sprecher der Unabhängigen, Genosse Albrecht, die Erfüllung der zahlreichen Versprechungen, die den Kriegsbeschädigten früher gemacht worden sind. Der Einwand, daß kein Geld vorhanden sei, in einem Augenblick, in dem man für einen Kreuzer, für den Militarismus und sonstige unproduktive Zwecke Milliarden ausgegeben habe, sei eine Verhöhnung der Kriegsbeschädigten.

Um den Eindruck dieser Rede abzuschwächen, wandten sich sowohl Rechtssozialisten als bürgerliche Parteien gegen die Unabhängigen mit der Behauptung, daß sie im Ausschuß keine Anträge für die Kriegsbeschädigten gestellt hätten. Wie wenig Zutrauen diese Herren aber zu ihren eigenen Argumenten hatten, zeigte die Tatsache, daß sie es der noch zu Worte gemeldeten Genossin Ziegler durch Schluß der Debatte unmöglich machten, diese Vorwürfe als richtig nachzuweisen.

Bei der Beratung der bürgerlichen Interpellation über die Not des Mittelstandes erklärte Genosse Karsten-Peine mit Recht, daß die bürgerlichen Parteien mit dieser Besprechung nur eine ganz üble Wahlmache bezwecken. Sie haben sich bisher nicht um den Mittelstand gekümmert, schöne Reden geführt, aber keine Taten gezeigt. Der Mittelstand wird vom Großkapital aufgefressen, er fristet nur noch eine klägliche Existenz, und diese Entwicklung ist besonders durch den Krieg beschleunigt worden, der den Großen Milliardengewinne brachte, die kleinen Handwerker aber immer tiefer ins Elend stieß.

Die Aussprache dehnte sich bis 7 Uhr abends aus. Das Haus war zuletzt nur noch schwach besetzt, da die meisten Abgeordneten schon ihre Koffer gepackt hatten.

Der Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen

Abg. Frau **Ziegler** (U. Soz.): Es ist unerhört, daß Anfang Oktober 40 Offiziere und 160 Soldaten nach Heilbronn verlegt wurden und daß die Offiziere trotz der Wohnungsnot Privatquartiere beanspruchten. — Die Regierung antwortet darauf, daß die Verlegung auf einer Forderung der Interalliierten Kommission beruhe.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. **Löwenstein** (U. Soz.) teilt die Regierung mit, sie habe den Umzug des Zentralnachweisamtes für Kriegergräber und Kriegerverluste nach Spandau beschlossen. Die Verlegung ist notwendig, da das Amt jetzt in 6 verschiedenen Gebäuden untergebracht ist, während die Kasernen in Spandau leer stehen.

Auf Anfrage **Becker** (D. Vp.), welche Schritte von der Regierung getan seien, um die Hinterbliebenen der am 20. Juni 1919 von einem amerikanischen Leutnant in Seeburg erschossenen Personen zu entschädigen, erklärt die Regierung, Entschädigung gewähren zu wollen. (Die Opfer von Marloh und anderer deutscher Militaristen aber sind noch nicht entschädigt. Red. d. Fr.)

Ein schleuniger Antrag **Aderhold** (U.-Soz.) auf Einstellung des Verfahrens gegen den Abgeordneten Mittwoch (U. Soz.) wird ohne Aussprache angenommen.

Teuerungszulagen für Kriegsbeschädigte

Es folgt die Beratung eines Interfraktionellen Antrages Müller-Franken (Soz.) und Genossen, die Teuerungszulagen und das steuerfreie Einkommen der Kriegsbeschädigten zu erhöhen.

Abg. Albrecht (U.-Soz.):

Dem Kompromißantrag der Bürgerlichen und Rechtssozialisten können wir nicht zustimmen, weil er nicht das erfüllt, was die Kriegsbeschädigten zu fordern berechtigt sind. Das Versorgungsgesetz entspricht in keiner Weise den Forderungen der Kriegsbeschädigten. Diese fordern die Revision einer ganzen Anzahl Paragraphen. Die Witwenunterstützung muß unbedingt erhöht werden. Die Opfer sind gebracht worden im Dienste des Kapitals, das seinen Verpflichtungen jedoch nicht nachkommt, trotz aller Versprechungen. Während des ganzen Krieges hat man den Kriegsbeschädigten versichert, das Vaterland werde ausreichend für sie sorgen. Diese Versprechungen müssen jetzt eingelöst werden. Wir fordern im Interesse der Kriegsbeschädigten Erhöhung der Rente um 25 Prozent, Heraufsetzung der Elternrente auf 5000 Mk. und Heraufsetzung des einkommensteuerfreien Teils auf 12 bezw. 21 000 Mk. Unsere Forderungen entsprechen denen der Kriegsbeschädigtenorganisationen. In der Kommission haben die Rechtssozialisten Anträge in gleicher Richtung gestellt, jetzt verlangen wir diese jedoch. Wir müssen uns gegen jedes Bestreben wenden, an den kärglichen Renten noch Abzüge zu machen. Wenn die Finanzen des Reiches immer in den Vordergrund gerückt werden um die Unmöglichkeit der Forderungen der Kriegsopfer darzutun, so können wir das nicht anerkennen, solange Milliarden für Kriegszwecke ausgegeben werden. Wenn es sich darum handelt, den Opfern des Krieges, die ihr bestes hergegeben haben, zu helfen, müssen finanzielle Gesichtspunkte zurücktreten. (Bravo! b. d. U.-S.).

Abg. **Meier-Zwickau** (Soz.): Wir waren der Meinung, daß der Antrag zugunsten der Kriegsbeschädigten keinen Anlaß zu parteipolitischen Auseinandersetzungen geben, sondern alle Parteien in dem Bestreben, wirklich zu helfen, einigen würde. Ein Kernpunkt der Unzufriedenheit der Kriegsopfer ist es, daß sie heute noch nicht wissen, was sie zu erhalten haben. In den Versorgungsämtern darf sich nicht der alte militärische, sondern muß sich ein neuer sozialer Geist bemerkbar machen. Das Gesetz ist kein Entschädigungsgesetz, und das wäre es auch nicht, wenn man dem Antrag Albrecht entspricht, sondern es ist ein Fürsorgegesetz.

Abg. **Thomas** (Komm.): Wir sind den Kriegsbeschädigten nicht den Dank des Vaterlandes schuldig, aber Sie (nach rechts) sind doch moralisch verpflichtet, für Ihre Opfer zu sorgen. Meine Fraktion unterstützt den Antrag der Unabhängigen, obwohl er ihr nicht weit genug geht.

In der Abstimmung wird der unabhängige Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt und darauf der interfraktionelle Antrag einstimmig angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann eine Interpellation der Mittelparteien, die auf die besondere

Gefährdung des Handwerks,

Kleinhandels und sonstigen Gewerben hinweist, die hervorgerufen wird durch die steigenden Kosten der Lebenshaltung, die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung und die Valutaschwankungen. Die Regierung wird aufgefordert, Erhebungen über die bestehenden Verhältnisse zu veranstalten. Die Pflichtzugehörigkeit zur Organisation des Handwerks im Sinne der Selbstverwaltungskörper der Verfassung sind in Erwägung zu ziehen.

Abg. **Lange-Hegermann** (Z.) begründet die Interpellation. Im Handwerk herrscht weitgehende Unzufriedenheit infolge der ungleichmäßigen Rohstoffbelieferung in Groß- und Kleinbetrieben. Eine direkte Verbindung mit der Kohle-, Eisen-, Stahl- und Wollproduktion muß hergestellt werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Es ist richtig, daß Handwerk und kleingewerblicher Mittelstand durch die Kriegsfolgen besonders gelitten haben, weil sie keine genügenden Kapitalreserven ansammeln konnten. Außerdem wird es dem Mittelstand sehr schwer, die erforderlichen Betriebskapitalien aufzubringen. Den Wünschen auf Beteiligung des Handwerks an staatlichen Aufträgen werde ich möglichst nachkommen. Eine große Rolle spielt auch unser Kohlenelend. In einem Augenblick, wo in Frankreich und Belgien Ueberfluß an Kohlen herrscht, werden uns ungeheuerliche Forderungen überreicht. Darunter muß auch das Handwerk leiden. Zur Förderung der Qualitätsarbeit will ich versuchen, die schlimmsten Folgen des Luxussteuergesetzes abzuwenden. Wir werden versuchen, dem Handwerk, wenn auch nicht goldenen Boden, so doch den Boden zu verschaffen, auf dem es wachsen, blühen und gedeihen kann.

Abg. **Hähnlich** (Soz.): Man hat die Sozialdemokratie mit Unrecht beschuldigt, den Niedergang des Handwerks mit verursacht zu haben. Die großkapitalistische Entwicklung, durch die das Handwerk zurückgedrängt ist, kann nicht aufgehalten werden. Wir halten den Mittelstand für durchaus existenzberechtigt.

Abg. Kersten (U.-Soz.):

Die Interpellation ist ein Bluff erster Klasse und eine Wahlmache, um die Kleinbauern und Kleingewerbetreibende einzufangen. **Schon während des Krieges und auch jetzt noch bereichern sich diese Mittelstandsretter auf Kosten der Kleinen, deren Stimmen sie nun wieder haben möchten.** Das Kohlenabkommen von Spaa hat den Stinnesleuten wieder reichliche Gelegenheit auf Ausbeutung gegeben. Trotzdem wagen sie jetzt aber wieder, an diese Leute heranzutreten. Trotz der Zusicherungen der Regierung ist für den Mittelstand nichts geschehen; **es ist Tatsache, daß er sich zwar immer mehr ausbreitet, aber auch immer mehr verelendet, verschuldet und zermürbt wird.** Die Lehrlingszüchterei ist typisch. Die Lehrlingsfrage ist zugleich die Existenzfrage des Mittelstandes. Die Lehrlingsfachschulausbildung außerhalb der Arbeitszeit ist unsozial. Den jungen Burschen darf nicht zugemutet werden, daß sie nach 8 Arbeitsstunden noch bis 5 Stunden in der Schule sitzen. Wir werden nichts unterlassen, die Taktik der Haferinterpellanten und Mittelstandsretter zu bekämpfen und ihre Politik der hohlen Worte auch im Lande draußen genügend brandmarken. (Beifall bei den U. S.)

Abg. **Kniest** (Dem.): Wir bedauern, daß diese Interpellation, trotzdem sie schon seit Wochen eingereicht ist, erst in letzter Stunde zur Sprache gekommen ist. (Heiterkeit bei einem Komm. und zwei noch anwesenden Unabh. — Im Hause sitzen nur noch zwölf Abgeordnete.)

Abg. **Isenmann** (Z.) spricht das Schlußwort für die Interpellanten. Die sogenannte Lehrlingszüchterei ist nur eine Folge des Krieges. Der Handwerkerstand war stets eine zuverlässige Stütze jeder Staatsregierung. **Den Achtstundentag lehnen wir ab.**

Damit schließt die Aussprache. — Ein interfraktioneller Antrag, die Zahl der Schriftführer auf 12 zu erhöhen, wird ohne Aussprache angenommen. Eine Reihe von Berichten verschiedener Ausschüsse über Petitionen wird debattelos erledigt. — Damit ist die Tagesordnung erledigt. — Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, den 23. Februar, 3 Uhr: Etat des Reichsministeriums des Innern, Etat des Reichsarbeitsministeriums. Schluß 7 Uhr.

samt 2948, während die Serratigruppe 5587 und die sozialistische Sammelgruppe 941 Stimmen auf sich vereinigten. In der Provinz Navarra wurden für die Serrati-Gruppe 7127, in Como 3146, in Ravenna 4011, in Ferrara 2318 Stimmen gegen 3500, 384, 1699 bzw. 414 Stimmen für die Extremisten abgegeben.

Auch in den Bezirken, wo die Kommunisten die Mehrheit erlangt haben und die schon längst als kommunistische Hochburgen gelten, ist der Stimmenüberschuß nur sehr gering. So ist das Stimmenverhältnis in Turin 4513 gegen 3836, in Florenz 4003 gegen 3809. In diesem Bezirk entfielen aber außerdem noch 129 Stimmen auf die Resolution von Reggio Emilia, so daß die Kommunisten hier zahlenmäßig in der Minderheit sind.

Interessant ist das Stimmenergebnis in der alten sozialistischen Provinz Reggio di Emilia. Dort wurden 5226 Stimmen für die sozialistische Sammelgruppe, 3679 für die Serratigruppe und nur 686 Stimmen für die Kommunisten abgegeben.

Wie der „Avanti" mitteilt, haben die Kommunisten am 28. Januar in Triest Druckerei und Redaktion der erscheinenden sozialistischen Zeitung „Il Lavoratore" gewaltsam besetzt. Das Personal hat sich aber in seiner überwiegenden Mehrheit mit der bisherigen Redaktion solidarisch erklärt, sodaß den Kommunisten die Herausgabe der Zeitung nicht möglich war. Wie es scheint, wird es den italienischen Sozialisten gelingen, das Triester Blatt wieder in ihren Besitz zu bekommen.

Gewerkschaftliches

Die Urwahlen im Holzarbeiter-Verband

Die Berliner Musikinstrumentenarbeiter beschäftigten sich in zwei Versammlungen mit dem Thema Moskau oder Amsterdam. Dem Schriftführer des Mitteilungsblattes sollte Gelegenheit gegeben werden, unbehindert und in voller Redefreiheit seine Ideen zu propagieren. Er überließ das Kampffeld seinem Freunde Heckert. In der ganzen Rede Heckerts tauchte nicht ein neuer Gedanke auf, nicht ein Fingerzeig deutete an, was denn nun als wirkliche revolutionäre Tat, zur Befreiung von aller Not, Arbeitslosigkeit und reaktionärer Willkür zu gelten habe. „Wir wollen ja gar nicht spalten, verlangen von Euch nichts unmögliches", in dieser Weise glaubte er, trotz mehrfacher Mahnung aus der Versammlung endlich mit praktischen Vorschlägen zu kommen, über diesen für ihn kitzlichen Punkt hinweg zu kommen. In gar nicht ungeschickter Weise versuchte er durch Schmeicheleien die Zustimmung der Versammlung zu gewinnen, um dann durch die Schilderung der Not, des Elends, kurz all des Jammers unter der die Arbeiterschaft zu leiden hat, durch diesen Appell an das Gefühl, seine Ohnmacht praktischer Tätigkeit einzustellen.

In der zweiten Versammlung hatten die Musikinstrumentenarbeiter dann noch einmal Gelegenheit, den von Lieske mit Hilfe der Scheere und des Leimtopfes zusammengeleimten Moskauer Geist in erschreckend eintöniger, langweiliger Weise mit anzuhören. Die Versammlung stimmte dem berechtigten Verlangen des Referenten Genossen Barth zu und schloß die Diskussion. Es braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß es Barth mit einigen Strichen gelang das Thema wieder auf die Höhe zu bringen. In klaren überzeugenden Worten zeigte er, daß vom Kapitalismus keine Ordnung im Wirtschaftsleben zu erwarten sei, daß nur der Sozialismus aus dem Sumpfe, in den uns das Bürgertum, gestützt durch den Verrat der Rechtssozialisten, gestoßen habe, führen könne. Keine Lockungen von rechts, keine Drohungen von links können und werden uns beirren; klar und deutlich liegt der Weg vor uns, den das Programm der U. S. P. uns gezeigt hat und den wir weiter gehen werden trotz aller Anfeindungen und Verleumdungen. Diesen Weg gehen wir auch bei den Urwahlen in der Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes, da wählt jeder Kollege die Liste

Freigang — Boese.

Die Tarifverhandlungen beim Magistrat

Am Donnerstag tagte der Unterausschuß der Tarifdeputation mit den Vertretern der städtischen Angestellten und Hilfsangestellten. Stadtrat Coblenzer gab einleitend bekannt, daß den städtischen Arbeitern 15 Prozent zugestanden worden sind. Der Zentralverband der Angestellten hätte mitgeteilt, daß seine Mitglieder mit diesem Angebot zufrieden seien und er deshalb den Verhandlungen fern bleiben werde. Zum Schluß empfahl der Vertreter des Magistrats den anwesenden Organisationen, diesem Beispiel zu folgen.

Ein Mitglied des Kopf- und Handarbeiterverbandes gab die Erklärung ab, daß dieser mit der vorgeschlagenen schematischen Regelung nicht einverstanden sei. Um die Verhandlungen nicht unnötig zu verschleppen wird er die weitergehenden Ansprüche seiner Mitglieder schriftlich einreichen. Mündlich zu verhandeln, lehnte der genannte Verband ab, um nicht mit deutschnationalen, gelben Verbänden zusammen verhandeln zu müssen. Die Mitglieder des Kopf- und Handarbeiter-Verbandes verließen den Sitzungssaal. Darauf wurde mit den Gewerkschaftsbündlern noch kurz verhandelt. Die Entscheidung über die Höhe der Zulagen hat der Magistrat und danach endgültig die Stadtverordnetenversammlung.

Ein ängstlicher Unternehmer

Anfang Januar bereits mußten wir uns mit dem Mitinhaber der Firma „Estra", Herrn Glaser, beschäftigen, weil er mit einem Revolver die Streikposten vor dem Betriebe bedrohte. Am 31. Januar fand nun eine Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß statt, an der Herr Glasser teilnahm. Vor Eintritt in die Verhandlung ersuchte der Organisationsvertreter den Vorsitzenden, Herrn Glaser zu fragen, ob er eine Schußwaffe bei sich trage, was dieser unter Vorzeigung des Schießeisens bejahte. Die Aufregung des Schiedsgerichts war natürlich groß, einige Beisitzer waren derart empört, daß sie schleunigstens nach Hause gehen wollten. Herr Glasser wurde aufgefordert, sein Schießeisen außerhalb des Hauses abzulegen. Unter der Firma des Verbands der Berliner Metallindustriellen rief Glasser dann telefonisch an, ob verhandelt würde, wenn er ohne Revolver käme. Das wurde zugesagt unter der Bedingung, daß er sich einer Leibesvisitation unterziehen müsse, was auch geschah. Nach diesem niedlichen und bezeichnenden Vorspiel konnte dann

Holzarbeiter!

wählt die Liste

Freigang — Boese.

in die Verhandlung eingetreten werden.

Wie beim Streik im „Scala-Restaurant", so auch beim Streik bei der Firma „Estra" ist es außerordentlich auffällig, daß den bestreikten Unternehmern Schutzpolizisten in großerer Anzahl ohne stichhaltige Gründe zur Verfügung gestellt wurden. Tauchen vor bestreikten Betrieben „Grüne" auf, so kommt es regelmäßig zu Zwischenfällen und nicht selten zu schärfster Kritik herausfordernden Uebergriffen der Polizisten.

Wir erlauben uns an den Kommandeur der Schutzpolizei die Anfrage, ob diese Polizei lediglich dazu da ist, den wirtschaftlich Stärkeren eine Prätorianergarde abzugeben, Streikposten zu belästigen und zu provozieren. Bringt deshalb gerade die arbeitende Bevölkerung die Milliarden für die Schutzpolizei auf?

Achtung Buchdrucker!

Die Firma M. Greve (Inh. Max Pasch), Ritterstr. 50, sucht durch Inserate in der Tagespresse Ersatz für das ausgetretene Personal. Sie bietet jedem dort Eintretenden 50 M. über das tarifliche Minimum! Der Grund der Streichung der Firma aus dem Verzeichnis tariftreuer Druckereien war bekanntlich die Nichtanerkennung der Urteile der Schlichtungsinstanzen: Tarifschiedsgericht, Schlichtungsausschuß und Gewerbegericht. Jetzt spielt das Geld keine Rolle. Die 50 M. sollen das Judasgeld sein für Verrat und Treulosigkeit der Arbeiter gegenüber ihrer Organisation! Arbeiter und Arbeiterinnen, zeigt durch eure Solidarität, daß ihr nicht gesonnen seid, für 50 M. eure Ehre zu verkaufen. Jeder, der dies dennoch tut, wird sowohl aus der Tarifgemeinschaft wie auch aus der Organisation ausgeschlossen! Darum, bewahrt eure Ehre!

Die Notiz der „Roten Fahne" vom 1. Februar 1921, die den Angestellten Vogeler vom Deutschen Metallarbeiter-Verband beschuldigte, das Gerücht verbreitet zu haben, daß der ehemalige Bevollmächtigte Rusch 20 000 M. unterschlagen haben soll, hat sich endgültig als plumper Schwindel erwiesen. — Am 1. Februar 1921 fand eine Vertrauensmännerversammlung der Dreher aller A. E. G.-Werke statt, wo der Leiter der Versammlung, der Kommunist Frank von der Turbine, feststellte, daß niemand der anwesenden Kollegen von dem Gerücht irgend etwas vernommen hätte. Auch in der Vertrauensmännerversammlung des 24. Bezirks der A. E. G.-Werke, Ackerstr. und Brunnenstr. hatte von 160 anwesenden Kollegen und Kolleginnen nicht einer von diesem Gerücht etwas vernommen. Die Hintermänner dieser Notiz der „Roten Fahne" handeln bewußt nach dem Grundsatz: Verleumde kek, etwas bleibt immer hängen. Deutscher Metallarbeiter-Verband. I. A.: E. Vogeler.

Metallarbeiter. In der Morgenausgabe der „Freiheit" Nr. 55 vom Donnerstag, den 3. Februar 1921 unter der Ueberschrift: „Bauarbeiter und Wohnungsnot", eine Eingabe an Regierung und Reichstag, ist eine Veröffentlichung sämtlicher freigewerkschaftlicher Organisationen enthalten. Durch ein Versehen fehlt die Unterschrift des Metallarbeiter-Verbandes. Wir möchten die fehlende Unterschrift hiermit nachholen, da es für jeden organisierten Arbeiter wohl selbstverständlich ist, daß sich der Metallarbeiter-Verband vollinhaltlich diese Anträge zu eigen macht.

„Aga". Versammlung findet nicht Montag, sondern am Dienstag, den 7. Februar, vorm. 10 Uhr, Gewerkschaftshaus statt. Betriebsrat.

Aus den Organisationen

Sonnabend, den 5. Februar.

4. Distrikt. Die Abteilungsführer holen nachmittags bis 6 Uhr Material vom Genossen Sinner ab.

13. Distrikt. 1. Abteilung. Allen Genossen und Genossinnen, soweit dieselben Mitglieder der 44. und 67. Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft sind, machen wir es zur Pflicht, zu der heute abend 7 Uhr stattfindenden Wahl des Genossenschafts-Rates zu erscheinen. Legitimation (Mitgliedsbuch und Karte), ohne dem kein Zutritt.

Schöneberg-Friedenau. Von 4—6½ Uhr, Spedition Gothenstr. 40, Flugblätter abholen.

Berlin-Wilmersdorf. Wichtige Flugblattverbreitung. Treffpunkt um 9 Uhr bei Jahn, Conradstr. 7.

Sonntag, den 6. Februar

4. Distrikt. 1. Abteilung. Morgens ½9 Uhr, wichtige Zusammenkunft bei Vogel, Brixener Str. 46. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. — **2. Abteilung.** Die Flugblattverbreitung der gesamten Abteilung findet vom Lokal Wöhlisch, Inh. Schertl, Skalitzerstr. 22, früh ½9 Uhr statt. In den übrigen Abteilungen von den bekannten Lokalen aus.

11. Distrikt. Morgens 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Die Genossen haben vollzählig in ihren Zahlstellenlokalen zu erscheinen.

12. Distrikt. Die Uebungsstunden des Kinderchores finden regelmäßig jeden Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Schulgebäude Pappel-Allee 41-42, Zimmer 18, 3. Stock, statt.

Neukölln. Die für heute angekündigte Flugblattverbreitung findet für Neukölln erst am Sonntag, den 13. Februar von den Bezirkslokalen aus statt.

Schöneberg-Friedenau. Vormittags 10 Uhr, in allen Bezirken Extrazahlabend. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen.

Montag, den 7. Februar

9. Distrikt. 7 Uhr, bei Scheibe, Pestlstr. 3, kommunale Kommissionssitzung. Allgemeine Funktionärkonferenz des Distrikts, 7 Uhr, bei Muschke, Marienburger Straße 31.

Berlin-Wilmersdorf. Abends 7½ Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Jahn, Conradstraße 7. Der Frauenleseabend fällt Montag aus.

Reinickendorf. Abends 7 Uhr Funktionärsitzung bei Becker, Residenzstr. 30.

Vereinskalender

Sonnabend, den 5. Februar

Freie Lehrerverwerkschaft (Verb. sozialistischer Lehrer). 6 Uhr, im Rathaus (Zimmer Nr. 1000), Geschäftssitzung. Tagesordnung: Pädagogische Internationale. — Gewerkschaftliches.

Sonntag, den 6. Februar

Köpenick. Nachm. 5 Uhr wichtige Mitgliederversammlung der „Freireligiösen Gemeinde" im Stadttheater Friedrichstraße. Alle Mitglieder müssen bestimmt erscheinen. Ortsgruppe Köpenick.

Möbeltransportarbeiter und Klaviertrager. Vormittags 9½ Uhr, Vollversammlung, Vereins-Konzertsäle, Kommandantenstr. 58-59.

Geschäftliches

Wir machen unsere Leser auf das Inserat der Firma M. Schulweiler, Dresdener Str. 4, am Kottbuser Tor, aufmerksam.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Lemerinner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Soeben erschienen!

Wir demonstrieren!

5 Lieder für Massengesang

Preis 50 Pfennig

Wiederverkäufer hoher Rabatt

BUCHHANDLUNG „FREIHEIT"
BERLIN C 2 Breite Str. 8-9

10% auf alle schwarzen Lederschuhwaren

30% auf zurückgesetzte schwarze und farbige Lederschuhwaren

20% auf Einzelpaare und Restbestände Grosse Auswahl

Der Rabatt wird erst an der Kasse in Abzug gebracht

Der bisherige Preis ist auf der Sohle fest eingeprägt

Herrenstiefel Damenstiefel
Netto-Preise

gut. Arbeits- und Strassenstiefel, solides Fabrikat 98.—
hocheleg. Leder-Spangenschuh, modern. Absatz 79.20
Besuchsstiefel, echt R.-Chevr., eleg. Passform 148.—
solid. Strassenstiefel, in guter Lederverarbeit 108.—
Gesellschaftsstiefel, echt Boxkalf, Ersatz für Mass.. 198.—
schicker Gesellschaftsstiefel, m. echt. Lackkappe moderne Form 124.20

Konfirmandenstiefel besonders preiswert

Schuhfabriken Tack & Cie A.G. Burg b. Magdbg

Sonnabends

SW, Friedrichstr. 240/41
W, Potsdamer Strasse 50
W, Schillstrasse 16
NW, Beusselstrasse 29
NW, Turmstrasse 41
NW, Wilsnacker Str. 22
N, Brunnenstrasse 37
N, Danziger Strasse 1
N, Friedrichstrasse 130
N, Müllerstrasse 3
O, Andreasstrasse 50
O, Frankfurter Allee 22
SO, Oranienstrasse 2a
SO, Wrangelstrasse 49
C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Strasse 14
Neukölln, Bergstrasse 30/31
Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 122/23 / Potsdam, Brandenburger Str. 54

Man achte auf den Vornamen „Conrad"

Hand- und Kopfarbeiter!

Oberschlesier! Groß-Berliner!

Erscheint in Massen!

Erneut wenden wir uns mit der Bitte an Euch, uns bei einer wirkungsvollen

Kundgebung für Oberschlesien

zu unterstützen. Erscheint alle

Sonntag, den 6. Februar, 11 Uhr, im Lustgarten

(bei schlechtem Wetter im Zirkus Busch)

Wir wollen Protest erheben

gegen den polnischen Terror, der sich erneut in Oberschlesien zeigte,
gegen die polnisch beeinflußten Bestimmungen des Wahlreglements und des Formulars,
gegen die schikanöse Handhabung dieser Bestimmungen durch polnisch gesinnte Wahlausschüsse und polenfreundliche interalliierte Bureaus,
gegen den drohenden Versuch, die Oberschlesier im Reich, im Widerspruch zum Friedensvertrag, nicht an der allgemeinen Abstimmung teilnehmen, sondern erst später gesondert abstimmen zu lassen.

Man will uns einschüchtern, damit wir nicht zur Abstimmung fahren. Man will uns durch engherzige Handhabung unerfüllbarer Bedingungen aus den Wahllisten herausfabotieren. Entente und Regierung sind verpflichtet, für Ordnung und Sicherheit in Oberschlesien zu sorgen, sie sind ebenso verpflichtet, durchzusetzen, daß die Abstimmungsbehörden in Oberschlesien ihre Pflicht tun und die deutschen Wähler nicht schlechter als die polnisch gesinnten Wähler stellen.

Das wollen wir mit allem Nachdruck fordern.

Kommt daher alle und unterstützt unsern Protest.

WEISSE WOCHE

Heute letzter Tag

Heute letzter Tag

Benutzen Sie noch die günstige Kaufgelegenheit!

Rohnessel ca. 88 cm breit Meter M.	7.95	Handtücher ..... M.	7.50
Hemdentuche Meter M.	9.75	Taschentücher ... M.	1.75
Louisianatuch für Bettwäsche M.	12.25	Blusen ..... M.	21.50
Betttuchnessel doppelbr. Meter M.	23.50	Kleid aus Frotté .. M.	87.50
Deckbettbezüge M.	62.50	Kinder-Mützen	95 Pf.
Kissenbezüge ..... M.	16.75	Wäsche-Stickerei Meter M.	1.70

Weisse Strümpfe engl. lang .... M. 5.95

In unserem Erfrischungsraum bei Einkäufen von M. 30.— gratis 1 Tasse Bohnenkaffee und 1 Stück Kuchen.

Warenhaus Julius Loewenberg & Co.

Swinemünder Str. 86, Ecke Lortzingstr., 5 Min. vom Ringbahnh. Gesundbrunnen
Strassenbahnverbindungen: Haltestelle Dominiker Str.: 27, 40, III, O, 5, 8, 85, 36, 37, 41, 99

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Bar- od. Teilzahlung
bei kleinster Ziele und Abzahlung.
Kompl. Wohnungseinrichtgn.
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts
Lagerung kostenlos
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngebisse
Platin-, Gold-, Silberbruch
kauft
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72

Ueberzeugen!
Zahle wieder höhere Preise für
Altmetalle
Pintschstrasse 19.

Eintragungen
in die neue
Brikett-Kundenliste
können werktäglich von 9 bis 6 Uhr in der Zeit vom
1. Februar bis 10. Februar 1921
auf den Lagerplätzen
Berlin N, Gleimstraße 62
Berlin SW, Schöneberger Str. 27
Gr.-Lichterfelde, Curtiusstraße 9-10
Halensee, am Güterbahnhof
erfolgen. Es genügt aber auch Einsendung der mit Grundkarte versehenen neuen Kohlenkarte an unser Hauptbureau Berlin, Dessauer Straße 27
BERGER & KULP
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gegr. 1870 Kohlengroßhandlung Gegr. 1870

Für
Kupfer, Messing
Lagermetall, Quecksilber
Zinn, Zink, Blei zahle ich in meiner neuen Ankaufsstelle
Berlin, Stubbenkammer Str. 8
dieselben hohen Preise wie in Charlottenburg, Wallstr. 53.
Telephon: Wilhelm 1871.

Metallbetten, Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Kupfer Rotguß Messing usw.
kauft
Wiemer
Pascalstraße 3
und Helmholtzstraße 111
beides an der Gerichtsstraßenbrücke.

30 Prozent Rabatt auf leicht beschädigte Bücher und Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Kupfer, Rotguß Messing usw.
kauft zu höchsten Tagespreisen
Guckowerstr. 12, 6. Hofd. Str.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Zur bevorstehenden Einschätzung zur Reichseinkommensteuer
muß jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende haben
Das
Reichseinkommensteuergesetz
Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager
Preis 4.— Mark
Die knappe, übersichtliche und allgemeinverständliche Darstellung wird jedem Steuerpflichtigen restlose Aufklärung über die wichtigsten Steuerfragen verschaffen, wie die Abzüge vom Einkommen, den steuerfreien Teil des Einkommens, die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, den Steuerabzug usw.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit"